



Deutscher Bundestag

## Stichwort

### Die Bundesversammlung

Die Wahl der Bundespräsidentin  
oder des Bundespräsidenten

**Neuauflage**

20. Wahlperiode





**„Stichwort: Bundesversammlung“ als barrierefreies PDF und E-Book**  
[www.btg-bestellservice.de/informationmaterial/46/anr20205000](http://www.btg-bestellservice.de/informationmaterial/46/anr20205000)



**Download- und Bestellservice für Informationsmaterial  
des Deutschen Bundestages**  
[www.btg-bestellservice.de](http://www.btg-bestellservice.de)



**Internetseite des Deutschen Bundestages**  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)





Sie hat über 1.000 Mitglieder, mehr als jede andere parlamentarische Versammlung in Deutschland. Sie tagt in der Regel nur einmal in fünf Jahren; eine Debatte findet nicht statt. Dieses ungewöhnliche Treffen ist die Bundesversammlung, die doppelt so viele Mitglieder wie der Bundestag zählt. Sie kommen zusammen, um nur eine einzige Aufgabe zu erfüllen: die Wahl der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten, des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Verfahren haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes im Jahr 1949 festgelegt, als Konsequenz aus dem Scheitern der Weimarer Republik, in der der vom Volk gewählte Präsident eine unglückliche Rolle spielte.

|    |                                                                    |
|----|--------------------------------------------------------------------|
| 6  | <b>Die Grundlagen:<br/>warum keine Volkswahl?</b>                  |
| 8  | Lehren der Geschichte                                              |
| 12 | Bundespräsidentin<br>bzw. Bundespräsident oder<br>Bundespräsidium? |
| 14 | Mitwirkung der Länder bei<br>der Wahl                              |
| 16 | Die Rolle des Staatsoberhauptes                                    |

## Inhalt

|    |                                                                               |  |
|----|-------------------------------------------------------------------------------|--|
| 18 | <b>Ort und Termin der Bundesversammlung</b>                                   |  |
| 20 | „Geborene“ und „gekorene“ Mitglieder                                          |  |
| 24 | <b>Die Wahl: absolute oder einfache Mehrheit?</b>                             |  |
| 28 | <b>Rückblick: Weichenstellung für neue Koalitionen</b>                        |  |
| 30 | Präsidenten und Kandidatinnen und Kandidaten                                  |  |
| 35 | <b>Die Bundesversammlung und die Bundespräsidenten seit 1949 im Überblick</b> |  |
| 61 | <b>Anhang</b>                                                                 |  |
| 62 | Gesetzliche Grundlagen                                                        |  |
| 67 | Statistik                                                                     |  |
| 86 | Weiterführende Informationen                                                  |  |

An der Spitze des Staates steht in Deutschland die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident. Aber warum wird das Staatsoberhaupt nicht vom Volk gewählt? Die Frauen und Männer, die 1948/1949 das Grundgesetz ausarbeiteten, lehnten eine solche Volkswahl aus guten Gründen ab. Denn zum Untergang der ersten deutschen Demokratie hatte ein vom Volk gewählter Präsident mit beigetragen.

**Die Grundlagen: warum keine Volkswahl?**



In Monarchien wird die Aufgabe des Staatsoberhauptes vererbt, in Republiken wird eine Präsidentin oder ein Präsident gewählt. In vielen Staaten entscheidet das Volk über die Besetzung des höchsten Staatsamts, so zum Beispiel in Frankreich: Dessen Präsident ist der mächtigste Politiker unseres Nachbarlands. Er ernennt die Premierministerin oder Premierminister und kann das Parlament auflösen. Aber unabhängig von diesen Bestimmungen der Verfassung verleiht ihm die Wahl durch das Volk von vornherein eine besondere Macht. Denn wer eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, dessen Wort hat möglicherweise mehr Gewicht als das einer Bundeskanzlerin oder eines Bundeskanzlers mit einer knappen Mehrheit im Parlament.

Deutschland hat Erfahrungen mit einem vom Volk gewählten Präsidenten gemacht. Das war in der Weimarer Republik, die 1918 gegründet wurde und 1933 zerbrach. Als der Parlamentarische Rat 1948 in Bonn zusammenkam, um im Auftrag der Westmächte eine Verfassung für die künftige Bundesrepublik auszuarbeiten, waren Krieg und Nazidiktatur erst gut drei Jahre vorüber. Die 65 Mitglieder des Parlamentarischen Rates wussten aus eigener Erfahrung, wie die erste deutsche Demokratie 1933 zerstört worden war.

## Lehren der Geschichte

Der erste Reichspräsident, Friedrich Ebert, wurde 1919 noch von der Weimarer Nationalversammlung gewählt. Sein Nachfolger wurde Paul von Hindenburg. Im Ersten Weltkrieg Generalfeldmarschall und Generalstabschef des Heeres, blieb Hindenburg auch in der >Weimarer Republik Anhänger der Monarchie. Da er wegen seiner angeblichen Kriegserfolge sehr populär war, stellten ihn die Parteien der Rechten nach dem Tod Eberts bei der ersten Volkswahl des Reichspräsidenten 1925 als ihren Kandidaten auf. Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten schuf die Voraussetzungen für eine Verschiebung der politischen Gewichte in der noch jungen und unstabilen Repu-

blik. Der Reichspräsident gewann an Einfluss, die Regierung und das Parlament – der Reichstag – wurden schwächer. Diese Entwicklung beschleunigte sich seit 1930. Dem politisch zwischen rechts und links zerrissenen Reichstag ging die politische Macht immer mehr verloren. Hindenburg ernannte ohne Mitwirkung der Volksvertretung mehrere Reichskanzler. Sie regierten mithilfe seiner Notverordnungen, die in der Weimarer Verfassung für Ausnahmesituationen vorgesehen waren. Das Parlament war praktisch ausgeschaltet.

**Weimarer Republik.** Nach dem Ersten Weltkrieg und der erzwungenen Abdankung Kaiser Wilhelms II. entstand 1918 die Weimarer Republik mit der ersten parlamentarisch-demokratischen Verfassung Deutschlands. An der Spitze der Republik stand ein für sieben Jahre direkt vom Volk gewählter Reichspräsident, der Teil der Exekutive war und über ein Notverordnungsrecht verfügte. Die Reichsregierung wurde vom Reichskanzler geführt, der aber vom Reichspräsidenten und der Reichstagsmehrheit abhängig war. Die Weimarer Republik endete 1933 mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten, als der Reichstag dem Ermächtigungsgesetz Adolf Hitlers zustimmte und damit auf seine Rechte verzichtete.

Entgegen den Befürchtungen der Anhängerinnen und Anhänger der Republik hielt sich Hindenburg an die Verfassung. So kamen die SPD und die Parteien der Mitte bei der nächsten Präsidentenwahl im Jahr 1932 auf die Idee, ihn als ihren Kandidaten gegen den Nationalsozialisten Adolf Hitler aufzustellen. Hindenburg siegte zwar, doch der Marsch in die Diktatur schien unaufhaltsam: Am 30. Januar 1933 berief Hindenburg Hitler zum Reichskanzler, und nur einen Monat später, einen Tag nach dem Reichstagsbrand, unterzeichnete er die von den Nationalsozialisten gewünschte „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“. Mit ihr wurden die Grundrechte praktisch außer Kraft gesetzt. Es folgte eine Welle von Verhaftun-

gen oppositioneller Politikerinnen und Politiker, vor allem von Kommunistinnen und Kommunisten und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Im März setzte Hitler im Reichstag das Ermächtigungsgesetz durch, das unter anderem die Rechte des Parlaments außer Kraft setzte. Auch dieses Gesetz trug die Unterschrift des Reichspräsidenten. Die Demokratie war auf scheinbar legalem Weg beseitigt, an ihre Stelle trat die Alleinherrschaft der Nationalsozialisten.

### **Selbstmord aus Angst vor dem Tod**

Nach den Erfahrungen der Weimarer Republik und des NS-Unrechtsstaats spielten die Befugnisse des künftigen Staatsoberhauptes und seine Wahl in den Diskussionen des >Parlamentarischen Rates eine wichtige Rolle. Weitgehend einig waren sich die Mitglieder des Gremiums, dass eine Volkswahl des Staatsoberhauptes nicht infrage kam. Die Stellung von Parlament und Regierung sollte im Vergleich zur Weimarer Verfassung

**Der Parlamentarische Rat.** Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Parlamentarische Rat auf Anweisung der drei westlichen Alliierten USA, Großbritannien und Frankreich eingesetzt. Die Landtage der elf westdeutschen Länder wählten insgesamt 65 Mitglieder in dieses Gremium, darunter Konrad Adenauer als Präsident des Rates. Berlin wurde durch die fünf nicht stimmberechtigten Mitglieder Jakob Kaiser, Paul Löbe, Ernst Reuter, Hans Reif und Otto Suhr vertreten. Der Parlamentarische Rat beriet eine vorläufige Verfassung für die spätere Bundesrepublik Deutschland: das Grundgesetz, das unter anderem die Grundrechte stärkt, die Rolle der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers aufwertet und die Stellung der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten neu gestaltet. Das Grundgesetz wurde am 23. Mai 1949 unterzeichnet und verkündet.

gestärkt, die des Staatsoberhauptes dagegen geschwächt werden. Adolf Susterhenn, CDU-Abgeordneter und Mitglied des Parlamentarischen Rates, fasste die Bedenken gegen eine Volkswahl zusammen: „Die Präsidentenwahlen von 1925 und 1932 haben bewiesen, dass diese Form der Wahl für das deutsche Volk jedenfalls nicht die geeignete Form ist. Im Jahr 1925 wurde der Kandidat der Reaktion gewählt, und im Jahre 1932 haben auch die demokratischen Kräfte durch ihren damaligen Wahlakt geradezu aus Angst vor dem Tode Selbstmord begangen.“

Mehr als 30 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs prüfte die Enquete-kommission „Verfassungsreform“ des Bundestages erneut, ob eine Volkswahl des Staatsoberhauptes angebracht sei.

Das Ergebnis war eindeutig: In ihrem Schlussbericht vom Dezember 1976 betonte die Kommission, eine Einführung der unmittelbaren Volkswahl der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten wäre zugleich die Entscheidung für ein aktiv-politisches Präsidentenamt und müsste entsprechende Änderungen in den Aufgaben und Befugnissen des Staatsoberhauptes nach sich ziehen. „Die Kommission hat jedoch keinen Anlass gesehen, die vom Parlamentarischen Rat bewusst getroffenen Entscheidungen über die Ausgestaltung des Präsidentenamts und die Organisation der Regierungsgewalt infrage zu stellen oder gar zu revidieren. Sie spricht sich daher gegen die Einführung der unmittelbaren Volkswahl des Bundespräsidenten aus.“



Sitzungspause beim Parlamen-  
tarischen Rat (vorne v. l. n. r.):  
Mr. Parker vom alliierten Ver-  
bindungsstab, Friedrich Maier,  
Karl Kuhn und Dr. Otto H. Greve.

## **Bundespräsidentin bzw. Bundespräsident oder Bundespräsidium?**

Zurück zum Parlamentarischen Rat. Bevor der sich über ein Wahlverfahren einigte, musste erst einmal die Frage geklärt werden, ob der zu gründende Teilstaat im Westen Deutschlands überhaupt ein Präsidentenamt haben sollte. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Parlamentarischen Rates sympathisierten zunächst mit der Idee, an die Spitze ein „Bundespräsidium“ zu setzen, das aus den Präsidentinnen und Präsidenten des Bundestages und des Bundesrats sowie der Bundeskanzlerin oder dem Bundeskanzler gebildet werden sollte. Später wurde auch vorgeschlagen, ganz auf ein Staatsoberhaupt zu verzichten und dessen Aufgaben und Funktionen der Präsidentin oder dem Präsidenten des Bundestages zu übertragen. Damit sollte der provisorische Charakter des Teilstaats und seines Grundgesetzes unterstrichen werden. Schließlich setzten sich aber diejenigen durch, die dafür plädierten, eine Person zum Staatsoberhaupt zu berufen.

Der Abgeordnete Theodor Heuss (FDP) machte sich dafür besonders stark. Er betonte, „die Person, die Amtsfunktion des Bundespräsidenten“ solle „nicht in die ungewisse Geschichte abgeschoben werden“. Man müsse den „Mut haben, in das Strukturelle das Feste einzubauen“. Das sah dann auch die Mehrheit des Parlamentarischen Rates so. Theodor Heuss, der Professor aus Württemberg, der selbst so viel für die Schaffung des Amtes getan hatte, konnte anschließend als erster Bundespräsident seine Vorstellungen in die Tat umsetzen. Durch seine Persönlichkeit, seine Würde und seinen Geist gab er dieser Institution in seiner zehnjährigen Amtszeit ein Gewicht, das weit über seine formalen Kompetenzen hinausreichte. Nach Ablauf seiner zweiten Amtszeit gab es sogar Überlegungen, ihn mithilfe einer Grundgesetzänderung für eine dritte Amtszeit zu wählen.



Konstituierende Sitzung:  
Die Mitglieder des Parlamen-  
tarischen Rates versammeln sich  
am 1. September 1948 erstmals  
in der ehemaligen Pädagogischen  
Akademie in Bonn.

## Mitwirkung der Länder bei der Wahl

Nachdem sich der Parlamentarische Rat auf eine Person als Staatsoberhaupt verständigt hatte, musste die Frage entschieden werden, wie dieses Verfassungsorgan gewählt werden sollte. Die einen wollten dafür einen übereinstimmenden Beschluss von Bundestag und Bundesrat. Dagegen wandten SPD und FDP ein, dass der Bundesrat ja aus weisungsgebundenen Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierungen besteht. So argumentierte der Sozialdemokrat Rudolf Katz aus Schleswig-Holstein: „Es geht nicht an, dass Wähler, die über die Besetzung des höchsten Amtes des neuen Staatsgebildes entscheiden sollen, nach Instruktionen ihrer Landesregierungen handeln.“ Dies sei eines freien Staates unwürdig, aber auch „irgendwie systemwidrig“.

Es war dann wieder Theodor Heuss, der damalige Vorsitzende der FDP, der vorschlug, das Staatsoberhaupt durch eine „Bundesversammlung“ wählen zu lassen. Sie sollte seiner Meinung nach aus Mitgliedern des Bundestages und der Landtage sowie aus einigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bestehen. Nach langen Debatten setzte sich Heuss durch. Um den Bundesrat zu beteiligen, beschloss man, seine Mitglieder zusammen mit denen des Bundestages zusammenzurufen, wenn das neue Staatsoberhaupt den Amtseid ablegt.

**Der Bundesrat.** Neben Bundestag, Bundespräsident, Bundesverfassungsgericht und Bundesregierung ist der Bundesrat eines der fünf ständigen Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland. Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Bundes mit. Darüber hinaus ist er auch in Angelegenheiten der Europäischen Union beteiligt. Je nach Bevölkerungszahl entsenden die 16 Bundesländer zwischen drei und sechs Vertreterinnen und Vertreter ihrer Landesregierungen in den Bundesrat. Die Präsidentin oder der Präsident des Bundesrats wird jedes Jahr am 1. November aus dem Kreis der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gewählt.





Nach der 1. Bundesversammlung:  
Bundespräsident Theodor Heuss  
bei seiner Ansprache auf der  
Bonner Rathausstreppe nach seiner  
Wahl 1949.

## Die Rolle des Staatsoberhauptes

Am 8. Mai 1949, vier Jahre nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht, beschloss der Parlamentarische Rat das Grundgesetz, das am 23. Mai verkündet wurde. In dem Abschnitt über den Bundespräsidenten hatte der Parlamentarische Rat seinen Willen niedergelegt, die politischen Rechte des Staatsoberhauptes im Vergleich zu denen des Reichspräsidenten der Weimarer Zeit stark zu begrenzen. So kann die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident weder allein die Kanzlerin oder den Kanzler bestimmen noch „Notverordnungen“ erlassen; das Staatsoberhaupt hat auch nicht den Oberbefehl über die Streitkräfte. Seine Aufgaben sind – wie die einer Königin oder eines Königs in einer konstitutionellen Monarchie – eher repräsentativer Natur.

## Repräsentation des Staates nach innen und außen

Zu den klassischen Funktionen der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten mit >Amtssitz in Berlin gehören die völkerrechtliche Vertretung der Bundesrepublik Deutschland sowie die Repräsentation der Bundesrepublik nach innen und außen, beispielsweise durch öffentliches Auftreten bei staatlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen, durch Reden, durch Besuche in Ländern und Gemeinden, durch Staatsbesuche im Ausland und den Empfang ausländischer Staatsgäste. Die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident ernennt die vom Bundestag gewählte Kanzlerin oder den gewählten Kanzler und die vom Regierungsoberhaupt vorgeschlagenen Bundesministerinnen und Bundesminister. Das Staatsoberhaupt kann in gewissen, im Grundgesetz näher geregelten Ausnahmefällen den Bundestag auflösen und übt für den Bund das Begnadigungsrecht sowie das Ordensrecht aus. Es unterzeichnet die Gesetze und verkündet sie. Vor der Ausfertigung eines Gesetzes prüft die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident als Teil des Gesetzgebungsverfahrens, ob das Gesetz nach den Vor-

**Der Amtssitz: das Schloss an der Spree.** Nicht weit entfernt vom Bundestag steht das Schloss Bellevue, der erste Amtssitz der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten. Daneben hat das Staatsoberhaupt mit der Bonner Villa Hammerschmidt, die bis 1994 Hauptsitz der Bundespräsidenten war, noch einen zweiten Amtssitz. Schloss Bellevue, das seinen Namen dem Ausblick in die Parklandschaft des Berliner Tiergartens verdankt, wurde Ende des 18. Jahrhunderts erbaut. Die Sandsteinfliguren auf dem Portalgiebel stellen Jagd, Ackerbau und Fischzucht dar und erinnern an die einst ländliche Umgebung des Schlosses. Solange sich die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident in Berlin aufhält, ist die Standarte auf Schloss Bellevue gehisst. Ansonsten wird sie eingeholt.

schriften des Grundgesetzes zustande gekommen ist. Dieses >Prüfungsrecht umfasst formelle Gesichtspunkte (Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften) und materielle Fragen beispielsweise Grundrechte und Staatszielbestimmungen). Hat die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident bei einem Gesetz verfassungsrechtliche Bedenken, kann sie oder er die Ausfertigung verweigern. In diesem Fall können Bundestag, Bundesrat oder die Bundesregierung das Bundesverfassungsgericht anrufen. In allen anderen Fällen wird das Gesetz nach der Ausfertigung durch das Staatsoberhaupt im Bundesgesetzblatt verkündet.

Auch wenn es keine Vorschrift im Grundgesetz gibt, die der Bundespräsidentin oder dem Bundespräsidenten politische Stellungnahmen verbietet, hält sich das Staatsoberhaupt in aller Regel mit öffentlichen Äußerungen zu tagespolitischen Fragen zurück. Das entspricht seiner parteipolitischen Neutralität. Die Person des Staatsoberhauptes kann aber kraft ihrer Persönlichkeit und Sprache die politische Willensbildung beeinflussen, obwohl sie – von den wenigen genannten Ausnahmen abgesehen – keine Kompetenzen zur Gestaltung der Politik und der Gesetze hat. Ihr Wort hat Gewicht und kann dazu beitragen, die öffentliche Diskussion zu beeinflussen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu artikulieren, Kritik zu üben sowie Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten.

**Prüfungsrecht.** Bislang haben Bundespräsidenten in acht Fällen die Ausfertigung eines Gesetzes verweigert, so zum Beispiel Horst Köhler 2006 das Gesetz zur Neuregelung der Flugsicherung und das Gesetz zur Neuregelung des Rechtes der Verbraucherinformation. In anderen Fällen hatten Bundespräsidenten zwar verfassungsrechtliche Bedenken, waren aber nicht sicher davon überzeugt, dass es sich jeweils zweifelsfrei um einen Verfassungsverstoß handelte. In solchen Fällen legt das Staatsoberhaupt seine Bedenken in einem Brief an die Bundeskanzlerin oder den Bundeskanzler und die Präsidentin bzw. den Präsidenten von Bundestag und Bundesrat dar. So haben es beispielsweise Bundespräsident Karl Carstens 1981 bei der Ausfertigung des Staatshaftungsgesetzes und Bundespräsident Roman Herzog 1994 bei einer Änderung des Atomgesetzes gehandhabt. Bundespräsident Johannes Rau hat 2002 seine Entscheidung bei der Ausfertigung des Zuwanderungsgesetzes zusätzlich in einer öffentlichen Erklärung erläutert.

Nach der deutschen Vereinigung ist es selbstverständlich geworden, dass die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident in der Hauptstadt Berlin gewählt wird. In ihr bestimmen die Bundestagsabgeordneten zusammen mit den von den Landtagen entsandten Mitgliedern, wer das nächste Staatsoberhaupt sein wird.

## **Ort und Termin der Bundesversammlung**

Seit 1949, als Theodor Heuss zum ersten Mal gewählt wurde, haben 17 Bundesversammlungen stattgefunden. Zwischen 1979 und 2009 tagte die Bundesversammlung traditionell am 23. Mai. Denn dieses Datum, der Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes, ist Teil der parlamentarischen Tradition. Sie wurde vom damaligen Bundestagspräsidenten und späteren Bundespräsidenten Karl Carstens (CDU/CSU) begründet, der 1979 erstmals den Verfassungstag als Termin für die 7. Bundesversammlung festlegte. Seine Nachfolger blieben bei diesem Datum. Wenn allerdings eine Bundespräsidentin oder ein Bundespräsident vor Ablauf der fünfjährigen Amtszeit ausscheidet, etwa durch Tod oder wie im Mai 2010 und im Februar 2012 durch Rücktritt, tagt die Bundesversammlung an einem anderen Datum. Sie muss nämlich spätestens 30 Tage nach dem Ausscheiden des Staatsoberhauptes zusammenkommen. So war es auch 2017: Da die Amtszeit von Bundespräsident Joachim Gauck nach dem Rücktritt des damaligen Amtsinhabers Christian Wulff am 18. März 2012 begonnen hatte, kam die 16. Bundesversammlung am 12. Februar 2017 zusammen. Entsprechend fand die 17. Bundesversammlung am 13. Februar 2022 statt.

Verantwortlich für den Termin, den Ort und die gesamte Organisation ist die Bundestagspräsidentin oder der Bundestagspräsident, welche bzw. welcher protokollarisch das zweithöchste Amt im Staat innehat. Sollte der Bundespräsident in seinen Befugnissen verhindert sein, wird er nach dem Grundgesetz allerdings vom Präsidenten des Bundesrats vertreten.

Die Bundesversammlung tagt im Reichstagsgebäude in Berlin. Doch das war nicht immer so. Da es keine gesetzlichen Regelungen des Tagungsorts gibt, spielten bei dessen Festsetzung in den 1950er- und 1960er-Jahren zunehmend politische Erwägungen eine Rolle. Theodor Heuss, der erste Bundespräsident, war 1949 im Bundeshaus in Bonn gewählt worden, der provisorischen Bundeshauptstadt. Um die Verbundenheit zu Berlin zu unterstreichen, beriefen die Bundestagspräsidenten die nächsten vier Bundesversammlungen nach West-Berlin, das wie eine Insel inmitten des kommunistischen Machtbereichs lag. Dies widersprach nach Ansicht der Sowjetunion und der DDR dem besonderen Status West-Berlins. Sie protestierten regelmäßig gegen die Wahl des Bundespräsidenten in West-Berlin und ließen

1969 sogar Kampfflugzeuge über die Teilstadt fliegen. Die Bundesversammlung, die damals nicht im Reichstagsgebäude nahe der Mauer abgehalten wurde, sondern in der Ostpreußenhalle auf dem West-Berliner Messegelände, war zum Spielball im Kalten Krieg, der Auseinandersetzung zwischen Ost und West, geworden.

Im Zuge der Ostpolitik der neuen sozial-liberalen Bundesregierung kam es 1971 auch zum Viermächte-Abkommen über Berlin. Die Sowjetunion akzeptierte die besonderen Bindungen West-Berlins zur Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik. Allerdings mussten die Westmächte zugestehen, dass der Westteil Berlins „wie bisher kein Bestandteil“ der Bundesrepublik sei. Der Bund musste seine Präsenz in West-Berlin einschränken, was auch für die Bundesversammlung galt. Deshalb wurden die Bundesversammlungen seit 1974 nach Bonn einberufen. Nach der deutschen Vereinigung und dem Bundestagsbeschluss zum Umzug nach Berlin war es dann aber selbstverständlich, auch das Staatsoberhaupt in der Hauptstadt wählen zu lassen. Bundestagspräsi-

dentin Rita Süßmuth (CDU/CSU) berief deshalb die 10. Bundesversammlung zum 23. Mai 1994 in das >Reichstagsgebäude nach Berlin ein, das dann auch zur Tagungsstätte des Bundestages wurde.

### „Geborene“ und „gekorene“ Mitglieder

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes hatten festgelegt, dass die Bundesversammlung aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Zahl von Wahlfrauen und -männern besteht, die von den Landtagen über Vorschlagslisten der Landtagsfraktionen gewählt werden. Die Frauen und Männer, die durch ihr Bundestagsmandat in die Bundesversammlung kommen, werden auch als „geborene“ Mitglieder bezeichnet, im Gegensatz zu den „gekorenen“ Mitgliedern, die die Landtage „küren“. Die einen stehen also mit ihrer Wahl in den Bundestag als Mitglieder der Bundesversammlung fest, die anderen können frei gewählt werden, ob sie nun ein politisches Mandat haben oder nicht. Sie müssen lediglich die Voraussetzungen für eine Wahl in den Bundestag erfüllen. Wählbar ist also jede und jeder volljährige Deutsche.

**Das Reichstagsgebäude.** Nach den Plänen des Architekten Paul Wallot entstand ab 1884 das Reichstagsgebäude in Berlin, das den Reichstag des Kaiserreichs und später das Parlament der Weimarer Republik beherbergte. Durch den Reichstagsbrand 1933 und während des Zweiten Weltkriegs wurde der Bau schwer beschädigt und erst in den 1960er-Jahren nach Plänen des Architekten Paul Baumgarten wieder aufgebaut. Mit dem Umzugsbeschluss des Bundestages entschied der Ältestenrat im Oktober 1991, dass das historische Reichstagsgebäude als Sitz des gesamtdeutschen Parlaments dienen solle. Mit dem Umbau wurde der britische Architekt Norman Foster beauftragt. Seit 1999 ist das Reichstagsgebäude Sitz des Bundestages, bereits seit 1994 kommt hier die Bundesversammlung zusammen.



Bundesversammlung 1994:  
Erstmals seit 1969 wird das  
Staatsoberhaupt wieder im  
Berliner Reichstagsgebäude  
gewählt.



Die Mitglieder der Bundesversammlung haben für die Zeit ihrer Mitgliedschaft den gleichen Status wie Bundestagsabgeordnete. Sie sind „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden“ und genießen parlamentarische Immunität. Das bedeutet, dass Strafverfolgungsmaßnahmen für die Dauer ihres Mandats nur nach Unterrichtung des Bundestages oder seiner Genehmigung zulässig sind. Für ihren Zeit- und Arbeitsaufwand werden sie entschädigt.

Die Mitgliederzahl der Bundesversammlung schwankt, denn sie ist abhängig von der Zahl der Bundestagsabgeordneten. Deren Zahl wurde in der Vergangenheit durch Wahlgesetze geändert, zum Beispiel nach der deutschen Vereinigung. Auch durch das Wahlergebnis kann sich die Zahl der Bundestagsabgeordneten aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten vergrößern.\* 2022 hatte der Bundestag 736 Mitglieder; die 17. Bundesversammlung bestand also aus 1.472 Wahlfrauen und -männern (zur Zusammensetzung siehe Tabelle Seite 84 f.).

Die Zahl der Mitglieder, die von den einzelnen Bundesländern in die Bundesversammlung geschickt werden, hängt von den Bevölkerungszahlen der Länder ab. So kommen jedes Mal die meisten „gekorenen“ Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsstärksten Bundesland. Es schickte 156 Frauen und Männer zur Bundesversammlung 2022 nach Berlin. Bremen als kleinstes Bundesland war dagegen nur durch sechs Mitglieder vertreten. Für die amtliche Feststellung der genauen Zahl der von den einzelnen Landesparlamenten zu wählenden Mitglieder ist die Bundesregierung zuständig. Sie soll „in einer angemessenen Frist“ vor dem Zusammentreten der Bundesversammlung bekannt gegeben werden.

\*Weitere Informationen in der Broschüre „Stichwort: Wahlen. Grundpfeiler der Demokratie“ unter [www.btg-bestellservice.de/informationmaterial/46/anr20210500](http://www.btg-bestellservice.de/informationmaterial/46/anr20210500)





## Sporttreibende, Kunstschaffende und leitende Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsbereich

Bei der Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung durch die Landesparlamente wird in den Landtagen über Vorschlagslisten der Fraktionen abgestimmt. Wer aus der Liste als Mitglied der Bundesversammlung gewählt ist, bestimmt sich nach der Zahl der für die jeweilige Liste abgegebenen Stimmen; herangezogen wird dabei das früher auch für die Bundestagswahl geltende Verfahren d'Hondt. Außerdem werden Reservekandidatinnen und Reservekandidaten bestimmt, die einspringen, wenn gewählte Mitglieder der Bundesversammlung ausfallen. Über dieses Verfahren sind sich die Fraktionen in allen Landtagen einig. So werden die Vorschlagslisten der Fraktionen, die sich am landtagsinternen Stärkeverhältnis orientieren, in der Regel ohne Debatte bestätigt. Das war zum Beispiel auch im baden-württembergischen Landtag im Jahr 2004 der Fall. Winfried Kretschmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bemängelte lediglich, dass auf der Liste der CDU vor dem Namen des Kandidaten Carl Herzog von Württemberg die drei Buchstaben „S. K. H.“ (für „Seine Königliche Hoheit“)

standen. Der Abgeordnete stellte fest, in der Republik gebe es keine königlichen Hoheiten mehr.

Auch 2022 schmückten die Namen von Prominenten die Vorschlagslisten zur Bundesversammlung. Unter den Nominierten befanden sich die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Astronaut Alexander Gerst, VW-Betriebsratschefin Daniela Cavallo, der Virologe Christian Drosten, der Kabarettist Dieter Nuhr, der Moderator Klaas Heufer-Umlauf, die Schauspielerin Renan Demirkan und Fußballnationaltrainer Hans-Dieter Flick.

Die Bundesversammlung bietet also auch Prominenten, die sich öffentlich für eine Partei einsetzen, eine medienwirksame Plattform. Darüber hinaus entsenden die Landesparlamente auch „verdiente“ Personen aus dem Volk in die Bundesversammlung, um sich so für ihre Verbundenheit zu ihrem Land oder für ihre Mitarbeit erkenntlich zu zeigen.



Selbstbild mit Astronaut: Alexander Dobrindt (r.), CDU/CSU, MdB, nimmt ein Selfie mit Geophysiker und Astronaut Alexander Gerst (2. v. r.) und dem Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern Markus Söder (l.), CSU, MdL, auf.

Zur geheimen Wahl des Staatsoberhauptes ist in den ersten beiden Wahlgängen eine absolute Mehrheit nötig. Im dritten reicht eine einfache Mehrheit. Absprachen zwischen den Parteien haben bisher oft dafür gesorgt, dass ein Kandidat bereits im ersten Anlauf die notwendige Stimmenzahl auf sich vereinigte.

**Die Wahl: absolute oder einfache Mehrheit?**

Jedes Mitglied der Bundesversammlung kann Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Staatsoberhauptes nominieren. Dabei ist jede und jeder Deutsche wählbar, die oder der das Wahlrecht zum Bundestag besitzt und das 40. Lebensjahr vollendet hat. In der Praxis einigen sich die Parteien und Fraktionen allerdings schon im Vorfeld auf bestimmte Bewerberinnen und Bewerber – so nominierte die SPD für die 17. Bundesversammlung den amtierenden Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier; CDU, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP schlossen sich dieser Nominierung an. DIE LINKE. stellte den parteilosen Arzt Gerhard Trabert als Kandidaten auf, die AfD das damalige CDU-Mitglied Max Otte und die Freien Wähler die Politikerin Stefanie Gebauer. Wie die einzelnen Mitglieder in der Bundesversammlung abstimmen, bleibt ihr Geheimnis. Denn nach dem Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung (siehe Seite 63 ff.) wird „mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln“ gewählt. In den ersten beiden Wahlgängen ist für die Wahl des Staatsoberhauptes die Mehrheit aller Mitglieder der Bundesversammlung erforderlich. Wird die in zwei Wahlgängen nicht erreicht, findet ein dritter

Wahlgang statt. In ihm setzt sich die Kandidatin oder der Kandidat durch, die oder der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Nur theoretisch, wenn etwa zwei Kandidierende die gleiche Stimmenzahl erhielten, könnten noch weitere Wahlgänge stattfinden.

Nach Artikel 54 des Grundgesetzes erfolgt die Wahl des Bundespräsidenten „ohne Aussprache“. Ihr Ablauf hat sich über die Jahre wenig verändert: Einer Eröffnungsrede der Bundestagspräsidentin oder des Bundestagspräsidenten folgt die Konstituierung der Bundesversammlung, bei der die Formalitäten zu behandeln sind, etwa die Feststellung der Beschlussfähigkeit oder die Feststellung, ob die Kandidaturen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Als Schriftführerin oder Schriftführer\* fungieren die Abgeordneten, die diese Aufgabe auch im Bundestag wahrnehmen.

Die Schriftführerinnen und Schriftführer sind für den Aufruf der Namen der Mitglieder der Bundesversammlung in alphabetischer Reihenfolge zuständig und müssen die Stimmabgabe überwachen. Damit die Wahl wirklich geheim bleibt, müssen die Stimmkarten in einer Wahlkabine angekreuzt und in den Wahlumschlag gelegt werden. Die Schriftführerinnen und Schriftführer

\*Weitere Informationen in der Broschüre „Stichwort: Der Deutsche Bundestag“ unter [www.btg-bestellservice.de/informationsmaterial/46/anr20265000](http://www.btg-bestellservice.de/informationsmaterial/46/anr20265000)



sind verpflichtet, Mitglieder der Bundesversammlung zurückzuweisen, die ihre Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt haben.

Nach dem Wahlgang verkündet die Sitzungspräsidentin oder der Sitzungspräsident das Ergebnis. Erreicht im ersten Wahlgang keiner der Kandidierenden die absolute Mehrheit, können Mitglieder der Bundesversammlung neue Wahlvorschläge machen. Eine schriftliche Zustimmungserklärung der vorgeschlagenen Person ist beizufügen. Bisher sind aber niemals neue aussichtsreiche Kandidatinnen oder Kandidaten nach dem ersten Wahlgang vorgeschlagen worden. Überwiegend wurde die absolute Mehrheit schon im ersten Wahlgang erreicht. Drei Wahlgänge wurden bislang erst drei Mal benötigt, zuletzt 2010 bei der 14. Bundesversammlung. Ist die Wahl entschieden und steht die Wahlsiegerin oder der Wahlsieger fest, fragt die Sitzungspräsidentin oder der Sitzungspräsident die betreffende Person, ob die Wahl angenommen wird. Laut Gesetz ist diese Frage innerhalb von zwei Tagen zu beantworten. Doch bisher hat kein Gewählter diese Frist in Anspruch genommen. Wenn die Wahl angenommen wur-

de, gibt die Sitzungspräsidentin oder der Sitzungspräsident der Kandidatin oder dem Kandidaten die Gelegenheit zu einer Ansprache. Seit 1989 wird zum Abschluss die Nationalhymne gesungen. Erst zum Amtsantritt des neuen Staatsoberhauptes kommen Bundestag und Bundesrat in einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in der die Vereidigung durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Bundestages vorgenommen wird. Diese Sitzung ist noch seltener als die Bundesversammlung, weil sie nach einer Wiederwahl des Staatsoberhauptes nicht stattfindet. Der erste Amtseid gilt weiter. „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“ So lautet der Amtseid der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten nach Artikel 56 des Grundgesetzes, der allerdings auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden kann.



Gratulationen: Nach seiner  
Wiederwahl im Jahr 2022 nimmt  
Bundespräsident Dr. Frank-Walter  
Steinmeier Glückwünsche ent-  
gegen.

In der Vergangenheit wurden Bundespräsidenten, wenn sie zum zweiten Mal antraten, stets wiedergewählt. Wenn aber ihre beiden Amtszeiten abgelaufen waren oder sie aus anderen Gründen nicht mehr kandidierten, wurden mit der Wahl eines neuen Staatsoberhauptes mehrmals auch die Weichen für neue Regierungskoalitionen gestellt.

## **Rückblick: Weichenstellung für neue Koalitionen**

Sobald es gewählt ist, sollte das Staatsoberhaupt über den Parteien stehen. Vor der Wahl gehört die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident jedoch in der Regel einer Partei an, meist hat sie oder er in ihr bereits besondere Verdienste erworben. Schon deshalb wird die Entscheidung über die Kandidierenden parteipolitisch bestimmt. Außerdem wird sie in den Medien breit debattiert. Das ist ein Grund mehr, dass sich die Spitzen der Parteien die Nominierung vorbehalten.

Politische Brisanz erhält die Wahl des Staatsoberhauptes auch dadurch, dass mit ihr in der Vergangenheit mehrfach die koalitionspolitischen Weichen neu gestellt wurden. Spannend kann es vor allem dann werden, wenn die bisherige Amtsinhaberin oder der bisherige Amtsinhaber nicht mehr antritt, weil die zwei jeweils fünfjährigen Amtszeiten abgelaufen sind oder sie oder er sich nach der ersten Amtszeit zurückzieht. Dafür kann beispielsweise eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung nach den zwischenzeitlichen Wahlen zum Bundestag und zu den Landtagen sorgen. Sonst kann die Amtsinhaberin oder der Amtsinhaber in der Regel mit einer Wiederwahl rechnen.

Das war bei den hoch angesehenen Präsidenten Theodor Heuss und Richard von Weizsäcker der Fall.

Als koalitionspolitische Entscheidung wurde auch die Wahl des sozialdemokratischen Bundesjustizministers Gustav Heinemann im Jahr 1969 angesehen. Die FDP hatte kurz vor dem Zusammentreten der Bundesversammlung angekündigt, sie werde Heinemann gegen den CDU/CSU-Kandidaten Gerhard Schröder, den damaligen Verteidigungsminister, unterstützen. Das hieß: Die Parteien der Großen Koalition schickten jeweils eigene Kandidaten ins Rennen, die FDP bot sich der SPD als neuer Partner an. Bei der bisher knappsten Entscheidung in einer Bundesversammlung setzte sich Heinemann im dritten Wahlgang mit nur sechs Stimmen Vorsprung durch. Der neue Bundespräsident sprach anschließend von „einem Stück Machtwechsel“. Was sich bei der Bundesversammlung im Frühjahr abzeichnete, wurde nach der Bundestagswahl Ende September Realität: die erste sozialliberale Koalition.\*

\*Weitere Informationen in der Publikation „Der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude“ unter [www.btg-bestellservice.de/informationmaterial/42/anr20312000](http://www.btg-bestellservice.de/informationmaterial/42/anr20312000)



Eine koalitionspolitische Entscheidung hatte schon die erste Bundespräsidentenschaftswahl im Jahr 1949 bestimmt. CDU/CSU und FDP hatten in ihrer Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass die CDU/CSU die Bundeskanzlerin oder den Bundeskanzler und die FDP die Bundespräsidentin oder den Bundespräsidenten stellen sollte. So setzte sich der Demokrat Theodor Heuss in der Bundesversammlung am 12. September klar gegen den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher und fünf weitere Bewerber durch.

### **Präsidenten und Kandidatinnen und Kandidaten**

Das bisher beste Ergebnis erzielte Theodor Heuss bei seiner Wiederwahl 1954 mit 85,6 Prozent der Stimmen. Die großen Parteien hatten angesichts der Popularität und des hohen Ansehens von „Papa Heuss“ auf Gegenkandidatinnen und Gegenkandidaten verzichtet. Nur die KPD hatte einen eigenen Bewerber aufgestellt, den Soziologen Alfred

Weber. Allerdings hatte sie ihn vorher nicht gefragt. Außerdem schrieben sechs Mitglieder der Bundesversammlung andere Namen auf ihre Stimmzettel, darunter die von Konrad Adenauer und Louis Ferdinand von Hohenzollern, die jeweils eine Stimme erhielten. Damals wurden solche nicht angemeldeten Kandidatinnen und Kandidaten noch offiziell mitgezählt, das Einverständnis der Kandidierenden musste auch nicht vorliegen. Dies wurde erst 1959 mit dem Gesetz zur Wahl des Bundespräsidenten geändert. Ganz ohne Gegenkandidatin oder Gegenkandidat blieb Richard von Weizsäcker 1989 bei seiner Wiederwahl, bei der er das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der Bundespräsidentenwahlen erzielte. Allerdings benötigte Weizsäcker zwei Anläufe, um 1984 ins höchste Staatsamt gewählt zu werden. Zehn Jahre vorher hatte der CDU-Politiker bei seinem ersten Anlauf gegen den Kandidaten der sozialliberalen Koalition, den FDP-Vorsitzenden Walter Scheel, den Kürzeren gezogen. Der wurde Nachfolger von Gustav Heinemann, der auf eine Wiederwahl verzichtete. Scheel wiederum trat 1979 nicht wieder an, weil sich die Mehrheitsverhältnisse gegen ihn gewendet hatten.



### Weibliche Kandidaten ohne Chancen

Die CDU/CSU verfügte 1979 in der Bundesversammlung über eine eigene Mehrheit; sie stellte den Bundestagspräsidenten Karl Carstens als Kandidaten auf. Erstmals trat auch eine Frau bei der Wahl für das höchste Staatsamt an: Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger von der SPD. Die beiden kamen damit nicht für die Sitzungsleitung infrage, die weitere Vizepräsidentin und die zwei Vizepräsidenten des Bundestages lösten sich im Vorsitz ab. Die FDP, die drei Jahre später die Koalition mit der SPD verließ, enthielt sich bei der Bundespräsidentenwahl der Stimme. So wurde Carstens mit deutlichem Vorsprung gewählt.

Annemarie Renger war die erste der Frauen, die zwar als Kandidatinnen für das höchste Staatsamt aufgestellt wurden, wegen der Mehrheitsverhältnisse aber keine echte Chance hatten. Die nächste war die Schriftstellerin Luise Rinser, die die neu im Bundestag vertretenen Grünen 1984 ins Rennen gegen Richard von Weizsäcker schickten.

Auch 1994 war unter den fünf Kandidierenden eine Frau: Hildegard Hamm-Brücher von der FDP. Sie verzichtete im dritten Wahlgang, und der von der CDU/CSU nominierte Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, kam am Ende auf eine absolute Mehrheit. 1999 hatte eine rot-grüne Koalition die Regierungsverantwortung im Bund übernommen und stellte auch die Mehrheit in der Bundesversammlung. Der Sozialdemokrat Johannes Rau war klarer Favorit. Gegen ihn kandidierten zwei Frauen: für die CDU/CSU die Wissenschaftlerin Dagmar Schipanski und für die PDS Uta Ranke-Heinemann, die Tochter des früheren Bundespräsidenten. Raus Ehefrau wiederum ist eine Enkelin von Gustav Heinemann – solche familiären Beziehungen gab es unter den Kandidatinnen und Kandidaten noch nie. Johannes Rau verpasste zwar im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Danach wechselten aber etliche der Wahlfrauen und -männer die Fronten und verschafften damit dem über die Parteigrenzen hinweg angesehenen ehemaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen die absolute Mehrheit im zweiten Wahlgang.



Bundesversammlung 1979:  
Die erste Kandidatin, Annemarie Renger, gratuliert dem neuen Bundespräsidenten Karl Carstens zur gewonnenen Wahl.

2004 hatten sich die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung erneut verändert. Zwar verfügte Rot-Grün noch über die Mehrheit im Bundestag, doch eine Reihe von Niederlagen bei Landtagswahlen hatte sie die Mehrheit bei der Präsidentschaftswahl gekostet. Die Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP verständigten sich auf den von Parteichefin Angela Merkel vorgeschlagenen Direktor des Internationalen Währungsfonds, Horst Köhler. Die SPD nominierte erneut eine Frau, die damalige Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), Gesine Schwan. Köhler errang zwar im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, doch blieb er unter der erwarteten Stimmenzahl.

2009 traten Horst Köhler und Gesine Schwan ein zweites Mal gegeneinander an – auch das ein Novum in der Geschichte der Bundesversammlung. Und mit Peter Sodann, dem Kandidaten der Partei DIE LINKE., stand erstmals ein Schauspieler und ehemaliger „Tatort“-Kommissar zur Wahl. Horst Köhler erhielt im ersten Wahlgang mit 613 Stimmen exakt die Stimmenzahl, die er für die absolute Mehrheit benötigte, und begann seine zweite Amtszeit am 1. Juli 2009.

## **Zwei Bundesversammlungen in zwei Jahren**

Knapp ein Jahr später, am 31. Mai 2010, trat Horst Köhler zurück, nachdem er für seine Äußerungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr heftig kritisiert worden war. Die 14. Bundesversammlung musste daher bis spätestens 30. Juni 2010 zusammentreten und eine neue Bundespräsidentin oder einen neuen Bundespräsidenten wählen. Bis dahin übernahm, wie im Grundgesetz vorgegeben, der Präsident des Bundesrats, Jens Böhrnsen (SPD), die Aufgaben des Staatsoberhauptes. Als Kandidat der CDU/CSU und der FDP trat der damalige Ministerpräsident Niedersachsens, Christian Wulff, gegen den DDR-Bürgerrechtler und früheren Leiter der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, an, den die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorschlugen. Auch DIE LINKE. und die NPD nominierten eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten. In den ersten zwei Wahlgängen verfehlte Christian Wulff die absolute Mehrheit. Erst im dritten Wahlgang gab es einen Wahlsieger: Nach über acht Stunden Wahlmarathon war Christian Wulff mit 625 Stimmen zum zehnten Bundespräsidenten gewählt.

Weniger als zwei Jahre später trat Christian Wulff am 17. Februar 2012 zurück, nachdem die Staatsanwaltschaft Hannover beim Bundestag die Aufhebung der Immunität Wulffs beantragt hatte, um ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen ihn einleiten zu können. Zum zweiten Mal in nur zwei Jahren beendete das Staatsoberhaupt vorzeitig und mit sofortiger Wirkung seine Amtszeit. Auch diesmal übernahm der Präsident des Bundesrats, Horst Seehofer (CSU), bis zur Bundesversammlung am 18. März 2012 die Aufgaben des Staatsoberhauptes. CDU, CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verständigten sich auf Joachim Gauck als gemeinsamen Kandidaten. DIE LINKE. und die NPD stellten jeweils eine eigene Kandidatin bzw. einen eigenen Kandidaten. Gauck erhielt im ersten Wahlgang mit 991 Stimmen die erwartete absolute Mehrheit und wurde zum elften Bundespräsidenten gewählt.

### **Vom Außenminister zum Bundespräsidenten**

Nachdem Joachim Gauck für eine zweite Amtszeit nicht mehr zur Verfügung stand, nominierte die SPD den damaligen Bundesaußenminister Frank-Walter

Steinmeier als Kandidaten. CDU, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP unterstützten die Nominierung. DIE LINKE. stellte Christoph Butterwegge auf, die AfD nominierte Albrecht Glaser. Weitere Kandidaten waren Alexander Hold, den die Freien Wähler aufstellten, und der Kandidat der Piratenpartei, Engelbert Sonneborn. Am 12. Februar 2017 wählte die 16. Bundesversammlung Frank-Walter Steinmeier mit 931 Stimmen im ersten Wahlgang zum zwölften Bundespräsidenten.

Bei der Wahl am 13. Februar 2022 kandidierte Frank-Walter Steinmeier auf Vorschlag der Regierungsparteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Oppositionsparteien CDU, CSU und SSW erneut und wurde mit 1.045 Stimmen wiedergewählt. Der AfD-Kandidat Max Otte war bei der Wahl ebenso chancenlos wie der parteilose Arzt Gerhard Trabert, Kandidat von DIE LINKE., und die Politikerin Stefanie Gebauer, die von den Freien Wählern aufgestellt worden war.



Wahl unter Coronabedingungen: Die Kandidatin und Kandidaten des Jahres 2022 haben mit Abstand zueinander auf der Ehrentribüne Platz genommen (v. r. n. l.): Dr. Stefanie Gebauer, Prof. Dr. Max Otte, Prof. Dr. Gerhard Trabert und Amtsinhaber Dr. Frank-Walter Steinmeier mit seiner Ehefrau Elke Büdenbender. Daneben sitzen der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Stephan Harbarth, Bundestagspräsidentin a. D. Prof. Dr. Rita Süssmuth und Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht.



Seit 1949 wählt die Bundesversammlung laut Grundgesetz das Staatsoberhaupt. Dabei stehen in der Regel immer mehrere Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl; nur einen Kandidaten gab es bislang erst ein Mal, in der 9. Bundesversammlung am 23. Mai 1989 – der wurde wie erwartet mit großer Mehrheit gewählt.

Oft fiel die Entscheidung über das neue Staatsoberhaupt bereits im ersten Wahlgang. Drei Mal in der Geschichte der Bundesrepublik waren jedoch sogar drei Wahlgänge notwendig, ehe das neue Staatsoberhaupt feststand, zuletzt bei der 14. Bundesversammlung am 30. Juni 2010. Dabei genügte am Ende die einfache Mehrheit.

Welche Parteien schlugen Kandidierende für die 4. Bundesversammlung vor? Wer trat 1969 an? Wie viele Wahlgänge waren in der 7. Bundesversammlung nötig? Und wer erzielte 2012 das beste Ergebnis? Dieses Kapitel dokumentiert die Ergebnisse aller bisherigen Bundesversammlungen – von den Kandidatinnen und Kandidaten für das höchste Amt im Staat bis zur Stimmenaufteilung.

## **Die Bundesversammlung und die Bundespräsidenten seit 1949 im Überblick**

1. Bundesversammlung vom 12. September 1949 in Bonn

Theodor Heuss  
geboren 31. Januar 1884, gestorben 12. Dezember 1963

1. Amtszeit: 13. September 1949 bis 12. September 1954

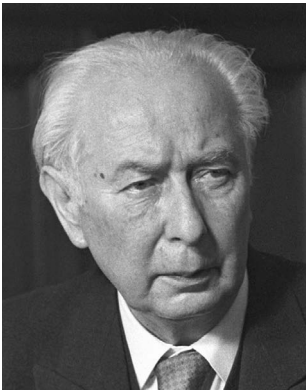
Im ersten Wahlgang treten sieben Kandidaten gegeneinander an, darunter Theodor Heuss und der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher. Im zweiten Wahlgang sind es nur noch vier Kandidaten. Theodor Heuss wird mit 416 Stimmen gewählt, Kurt Schumacher kann 312 Stimmen auf sich vereinen.

| 1. Wahlgang                    |                   |             |         |
|--------------------------------|-------------------|-------------|---------|
| Kandidat                       | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
| Theodor Heuss (FDP)            | CDU, CSU, FDP, DP | 377         | 46,9    |
| Kurt Schumacher (SPD)          | SPD               | 311         | 38,7    |
| Rudolf Amelunxen (Zentrum)     |                   | 28          | 3,5     |
| Hans Schlange-Schöningen (CDU) |                   | 6           | 0,7     |
| Karl Arnold (CDU)              |                   | 1           | 0,1     |
| Josef Müller (CSU)             |                   | 1           | 0,1     |
| Alfred Loritz (WAV)            |                   | 1           | 0,1     |

804 Mitglieder (+ 16 nicht stimmberechtigte Mitglieder aus Berlin); absolute Mehrheit 403 Stimmen; Enthaltungen 76 (9,5 %); ungültige Stimmen 2 (0,2 %); abgegebene Stimmen 803 (99,9 %)

| 2. Wahlgang                    |                   |             |         |
|--------------------------------|-------------------|-------------|---------|
| Kandidat                       | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
| Theodor Heuss (FDP)            | CDU, CSU, FDP, DP | 416         | 51,7    |
| Kurt Schumacher (SPD)          | SPD               | 312         | 38,8    |
| Rudolf Amelunxen (Zentrum)     |                   | 30          | 3,7     |
| Hans Schlange-Schöningen (CDU) |                   | 2           | 0,2     |

Enthaltungen 37 (4,6 %); ungültige Stimmen 3 (0,4 %); abgegebene Stimmen 800 (99,5 %)



Eines der Anliegen von Theodor Heuss war es, das schlechte Ansehen der Deutschen in der Weltöffentlichkeit zu verbessern. Heuss verstand das Staatsoberhaupt als Hüter der Verfassung neben dem Bundesverfassungsgericht und bemühte sich darum, das Demokratieverständnis der Deutschen zu fördern. Darüber hinaus war er für die Bestimmung der Nationalhymne und die Neugründung des Bundesverdienstordens verantwortlich.



## 2. Bundesversammlung vom 17. Juli 1954 in Berlin

### 2. Amtszeit: 13. September 1954 bis 12. September 1959

Die SPD verzichtet auf eine Gegenkandidatur, die KPD benennt in letzter Minute und ohne dessen Einwilligung Alfred Weber als Kandidaten. Theodor Heuss erzielt das höchste Ergebnis, das je ein Bundespräsident erreicht hat, und wird im ersten Wahlgang mit 871 Stimmen gewählt; Alfred Weber erhält zwölf Stimmen.

#### 1. Wahlgang

| Kandidatin oder Kandidat         | vorgeschlagen von      | Stimmenzahl | Prozent |
|----------------------------------|------------------------|-------------|---------|
| Theodor Heuss (FDP)              | CDU, CSU, SPD, FDP, DP | 871         | 85,6    |
| Alfred Weber (SPD)               | KPD                    | 12          | 1,2     |
| Karl Dönitz                      |                        | 1           | 0,1     |
| Louis Ferdinand von Hohenzollern |                        | 1           | 0,1     |
| Marie-Elisabeth Lüders (FDP)     |                        | 1           | 0,1     |
| Ernst-August von Hannover        |                        | 1           | 0,1     |
| Franz-Josef Wuermeling (CDU)     |                        | 1           | 0,1     |
| Konrad Adenauer (CDU)            |                        | 1           | 0,1     |

1.018 Mitglieder; absolute Mehrheit 510 Stimmen; Enthaltungen 95 (9,3 %); ungültige Stimmen 3 (0,3 %); abgegebene Stimmen 987 (96,95 %)



Empfang des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss (3. v. l.) mit Mitgliedern des Bundeskabinetts in der Villa Hammerschmidt in Bonn.

3. Bundesversammlung vom 1. Juli 1959 in Berlin

Heinrich Lübke  
geboren 14. Oktober 1894, gestorben 6. April 1972

1. Amtszeit: 13. September 1959 bis 12. September 1964

Im Vorfeld der Wahl kündigt Bundeskanzler Konrad Adenauer seine Kandidatur an, zieht sie dann jedoch aus politischen Gründen zurück. Statt Adenauer wird Heinrich Lübke nominiert und erreicht im zweiten Wahlgang 526 Stimmen. Der Kandidat der SPD, Carlo Schmid, erhält 386 Stimmen, Max Becker von der FDP 99 Stimmen.

| 1. Wahlgang          |                   |             |         |
|----------------------|-------------------|-------------|---------|
| Kandidat             | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
| Heinrich Lübke (CDU) | CDU, CSU, DP      | 517         | 49,8    |
| Carlo Schmid (SPD)   | SPD               | 385         | 37,1    |
| Max Becker (FDP)     | FDP               | 104         | 10,0    |

1.038 Mitglieder; absolute Mehrheit 520 Stimmen; Enthaltungen 25 (2,4 %);  
abgegebene Stimmen 1.031 (99,3 %)

| 2. Wahlgang          |                   |             |         |
|----------------------|-------------------|-------------|---------|
| Kandidat             | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
| Heinrich Lübke (CDU) | CDU, CSU, DP      | 526         | 50,7    |
| Carlo Schmid (SPD)   | SPD               | 386         | 37,2    |
| Max Becker (FDP)     | FDP               | 99          | 9,5     |

Enthaltungen 22 (2,1 %); abgegebene Stimmen 1.033 (99,5 %)



Zu den wichtigsten außenpolitischen Projekten Heinrich Lübkes gehörten die Entwicklungshilfe und die Bekämpfung des Hungers in der Welt. Innenpolitisch setzte er sich vor allem für die Einbeziehung der SPD in die Regierungsverantwortung ein.



#### 4. Bundesversammlung vom 1. Juli 1964 in Berlin

##### 2. Amtszeit: 13. September 1964 bis 30. Juni 1969

CDU und CSU nominieren erneut Heinrich Lübke und werden dabei von der SPD unterstützt, was als Vorleistung für eine Große Koalition gedeutet werden kann. Heinrich Lübke erzielt im ersten Wahlgang mit 710 Stimmen die absolute Mehrheit. Der Kandidat der FDP, Bundesjustizminister Ewald Bucher, erhält 123 Stimmen. Die relative hohe Zahl der Stimmenthaltungen (187) ist wohl ein Zeichen dafür, dass manche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dem Kurs der SPD in Richtung Große Koalition skeptisch gegenüberstehen.

| 1. Wahlgang          |                   |             |         |
|----------------------|-------------------|-------------|---------|
| Kandidat             | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
| Heinrich Lübke (CDU) | CDU, CSU, SPD     | 710         | 68,1    |
| Ewald Bucher (FDP)   | FDP               | 123         | 11,8    |

1.042 Mitglieder; absolute Mehrheit 522 Stimmen; Enthaltungen 187 (17,9 %); ungültige Stimmen 4 (0,4 %); abgegebene Stimmen 1.024 (98,3 %)



Bundespräsident Heinrich Lübke im Jahr 1968 bei der Besichtigung der Galerie nationale du Jeu de Paume. Anlass für seinen Besuch in Paris war die Einweihung der deutschen Botschaftsresidenz.

## 5. Bundesversammlung vom 5. März 1969 in Berlin

**Gustav Heinemann**

geboren 23. Juli 1899, gestorben 7. Juli 1976

**Amtszeit: 1. Juli 1969 bis 30. Juni 1974**

Gustav Heinemann tritt gegen Gerhard Schröder von der Union aus CDU und CSU an und wird erst im dritten Wahlgang, also mit relativer Mehrheit, gewählt. Auf ihn entfallen 512 Stimmen, Gerhard Schröder erhält 506 Stimmen.

### 1. Wahlgang

| Kandidat               | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
|------------------------|-------------------|-------------|---------|
| Gustav Heinemann (SPD) | SPD, FDP          | 514         | 49,6    |
| Gerhard Schröder (CDU) | CDU, CSU          | 501         | 48,4    |

1.036 Mitglieder; absolute Mehrheit 519 Stimmen; Enthaltungen 5 (0,5 %); ungültige Stimmen 3 (0,3 %);  
abgegebene Stimmen 1.023 (98,7 %)

### 2. Wahlgang

| Kandidat               | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
|------------------------|-------------------|-------------|---------|
| Gustav Heinemann (SPD) | SPD, FDP          | 511         | 49,3    |
| Gerhard Schröder (CDU) | CDU, CSU          | 507         | 48,9    |

Enthaltungen 5 (0,5 %); abgegebene Stimmen 1.023 (98,7 %)

### 3. Wahlgang

| Kandidat               | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
|------------------------|-------------------|-------------|---------|
| Gustav Heinemann (SPD) | SPD, FDP          | 512         | 49,4    |
| Gerhard Schröder (CDU) | CDU, CSU          | 506         | 48,8    |

Enthaltungen 5 (0,5 %); abgegebene Stimmen 1.023 (98,7 %)



Wichtige Anliegen Gustav Heinemanns waren die Überwindung der Untertänigkeit und die Erziehung der Deutschen zu mündigen Menschen mit bürgerlichem Handeln und Verhalten, die sich aktiv für die freiheitliche Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit einsetzen sollten. Außenpolitisch lag Heinemann vor allem die Aussöhnung mit den europäischen Nachbarländern und die Förderung des Friedens in Europa am Herzen.



Der zukünftige Bundespräsident Gustav Heinemann gibt Autogramme in der Ostpreußenhalle in Berlin, dem Ort der 5. Bundesversammlung.

## 6. Bundesversammlung vom 15. Mai 1974 in Bonn

**Walter Scheel**  
geboren 8. Juli 1919

**Amtszeit: 1. Juli 1974 bis 30. Juni 1979**

Gustav Heinemann verzichtet auf eine erneute Kandidatur; der FDP-Vorsitzende und Bundesaußenminister Walter Scheel stellt sich zur Wahl. CDU und CSU benennen Richard von Weizsäcker als Kandidaten. Walter Scheel wird im ersten Wahlgang mit 530 Stimmen gewählt, Richard von Weizsäcker erhält 498 Stimmen.

### 1. Wahlgang

| Kandidatin oder Kandidat     | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
|------------------------------|-------------------|-------------|---------|
| Walter Scheel (FDP)          | SPD, FDP          | 530         | 51,2    |
| Richard von Weizsäcker (CDU) | CDU, CSU          | 498         | 48,1    |

1.036 Mitglieder; absolute Mehrheit 519 Stimmen; Enthaltungen 5 (0,5 %);  
abgegebene Stimmen 1.033 (99,7 %)



Walter Scheel setzte sich vor allem für mehr soziale Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger ein. Er ermutigte junge Menschen zu mehr Engagement und ermahnte sie, aus den Verfehlungen der älteren Generation zu lernen. Außenpolitisch betonte er immer wieder die Bedeutung eines geeinten Europas für den Erhalt von Frieden und Demokratie.



Bundespräsident Walter Scheel  
empfängt die britische Königin  
Elizabeth II.

## 7. Bundesversammlung vom 23. Mai 1979 in Bonn

**Karl Carstens**

geboren 14. Dezember 1914, gestorben 30. Mai 1992

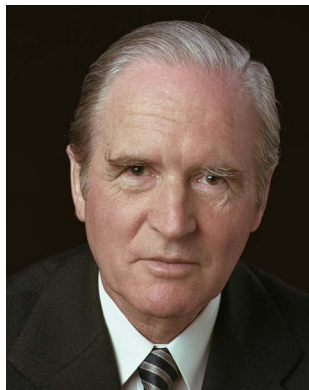
**Amtszeit: 1. Juli 1979 bis 30. Juni 1984**

Bundestagspräsident Karl Carstens tritt gegen die Kandidatin der SPD und Vizepräsidentin des Bundestages, Annemarie Renger, an; Walter Scheel verzichtet auf eine zweite Kandidatur. Karl Carstens wird im ersten Wahlgang mit 528 Stimmen gewählt, seine Gegenkandidatin Annemarie Renger erhält 431 Stimmen.

### 1. Wahlgang

| Kandidatin oder Kandidat | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
|--------------------------|-------------------|-------------|---------|
| Karl Carstens (CDU)      | CDU, CSU          | 528         | 51,0    |
| Annemarie Renger (SPD)   | SPD               | 431         | 41,6    |

1.036 Mitglieder; absolute Mehrheit 519 Stimmen; Enthaltungen 72 (6,9 %); ungültige Stimmen 1 (0,1%);  
abgegebene Stimmen 1.032 (99,6 %)



Objektivität und Volksnähe zeichneten Karl Carstens aus. Außenpolitisch räumte er den guten Beziehungen der Bundesrepublik zu den USA eine Vorrangstellung ein. Der Bevölkerung dürfte er aber auch wegen seiner Wanderungen durch die Bundesrepublik und der Stiftung der Eichendorff-Plakette für Wandervereine in Erinnerung bleiben.



Bundespräsident Karl Carstens  
zu Besuch im Berufsausbildungs-  
zentrum in Berlin.

## 8. Bundesversammlung vom 23. Mai 1984 in Bonn

**Richard von Weizsäcker**

geboren 15. April 1920, gestorben 31. Januar 2015

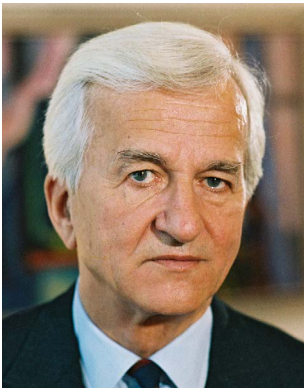
### 1. Amtszeit: 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1989

CDU und CSU benennen Richard von Weizsäcker als Kandidaten, SPD und FDP verzichten auf eigene Kandidatinnen oder Kandidaten. Die Grünen stellen die Schriftstellerin Luise Rinser auf. Richard von Weizsäcker wird im ersten Wahlgang mit 832 Stimmen gewählt, Luise Rinser erhält 68 Stimmen.

#### 1. Wahlgang

| Kandidatin oder Kandidat     | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
|------------------------------|-------------------|-------------|---------|
| Richard von Weizsäcker (CDU) | CDU, CSU          | 832         | 80,0    |
| Luise Rinser                 | Die Grünen        | 68          | 6,5     |

1.040 Mitglieder; absolute Mehrheit 521 Stimmen; Enthaltungen 117 (11,3 %); ungültige Stimmen 11 (1,1 %); abgegebene Stimmen 1.028 (98,8 %)



Richard von Weizsäcker empfand sich stets als Präsident aller Deutschen und sprach sich für die Aussöhnung und das Gespräch mit der Sowjetunion und der DDR aus. Nach der Wiedervereinigung setzte er sich für Berlin als Hauptstadt ein und mahnte zur Behutsamkeit beim Zusammenwachsen von DDR und der Bundesrepublik.



## 9. Bundesversammlung vom 23. Mai 1989 in Bonn

### 2. Amtszeit: 1. Juli 1989 bis 30. Juni 1994

Zum ersten und bislang einzigen Mal tritt ein Kandidat ohne Gegenkandidatin oder Gegenkandidaten an. Richard von Weizsäcker wird im ersten Wahlgang mit 881 Stimmen wiedergewählt.

#### 1. Wahlgang

| Kandidat                     | vorgeschlagen von  | Stimmenzahl | Prozent |
|------------------------------|--------------------|-------------|---------|
| Richard von Weizsäcker (CDU) | CDU, CSU, SPD, FDP | 881         | 84,9    |

1.038 Mitglieder; absolute Mehrheit 520 Stimmen; Nein-Stimmen 108 (10,4 %); Enthaltungen 30 (2,9 %); ungültige Stimmen 3 (0,3 %); abgegebene Stimmen 1.022 (98,5 %)



In seiner Rede während der Gedenkstunde zum 40. Jahrestag des Kriegsendes betont Bundespräsident Richard von Weizsäcker, dass der 8. Mai 1945 ein „Tag der Befreiung“ von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sei, und appelliert an die Jugend, nicht in Feindschaft und Hass, sondern in friedlichem Miteinander zu leben.

## **10. Bundesversammlung vom 23. Mai 1994 in Berlin**

**Roman Herzog**

**geboren 5. April 1934, gestorben 10. Januar 2017**

**Amtszeit: 1. Juli 1994 bis 30. Juni 1999**

CDU und CSU nominieren den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog. Weitere Kandidierende sind Hildegard Hamm-Brücher (FDP), Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), Jens Reich (vorgeschlagen von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) und Hans Hirzel (die Republikaner). Erst im dritten Wahlgang kann Roman Herzog eine Mehrheit von 696 Stimmen auf sich vereinen. Johannes Rau erhält 605 Stimmen, Hans Hirzel elf. Jens Reich steht für den zweiten Wahlgang nicht mehr zur Verfügung, Hildegard Hamm-Brücher scheidet für den dritten Wahlgang aus.



Roman Herzog war der erste Bundespräsident, der seinen Amtssitz von Anfang an im Schloss Bellevue in Berlin hatte. Er setzte sich dafür ein, dass das wiedervereinigte Deutschland auch weltpolitische Verantwortung übernahm. Aufsehen erregte er, als er sich 1996 deutlich gegen alle Ansprüche auf ehemalige deutsche Ostgebiete aussprach. In seiner „Berliner Rede“ 1997 sagte er, durch Deutschland müsse ein „Ruck“ gehen, und forderte mehr Reformbereitschaft und Änderungswillen der Bevölkerung.

### 1. Wahlgang

| Kandidatin oder Kandidat     | vorgeschlagen von       | Stimmenzahl | Prozent |
|------------------------------|-------------------------|-------------|---------|
| Roman Herzog (CDU)           | CDU, CSU                | 604         | 45,6    |
| Johannes Rau (SPD)           | SPD                     | 505         | 38,1    |
| Hildegard Hamm-Brücher (FDP) | FDP                     | 132         | 10,0    |
| Jens Reich                   | BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | 62          | 4,7     |
| Hans Hirzel (REP)            | REP                     | 12          | 0,9     |

1.324 Mitglieder; absolute Mehrheit 663 Stimmen; Enthaltungen 2 (0,2 %); ungültige Stimmen 2 (0,2 %);  
abgegebene Stimmen 1.319 (99,6 %)

### 2. Wahlgang

| Kandidatin oder Kandidat     | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
|------------------------------|-------------------|-------------|---------|
| Roman Herzog (CDU)           | CDU, CSU          | 622         | 47,0    |
| Johannes Rau (SPD)           | SPD               | 559         | 42,2    |
| Hildegard Hamm-Brücher (FDP) | FDP               | 126         | 9,5     |
| Hans Hirzel (REP)            | REP               | 11          | 0,8     |

ungültige Stimmen 1 (0,1 %); abgegebene Stimmen 1.319 (99,6 %)

### 3. Wahlgang

| Kandidat           | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
|--------------------|-------------------|-------------|---------|
| Roman Herzog (CDU) | CDU, CSU          | 696         | 52,6    |
| Johannes Rau (SPD) | SPD               | 605         | 45,7    |
| Hans Hirzel (REP)  | REP               | 11          | 0,8     |

Enthaltungen 7 (0,5 %); ungültige Stimmen 1 (0,1 %); abgegebene Stimmen 1.320 (99,7 %)



Bundespräsident Roman Herzog und seine Ehefrau Christiane treffen das Künstlerpaar Christo (r.) und Jeanne-Claude (2. v. l.) bei der Verhüllung des Reichstagsgebäudes.

## 11. Bundesversammlung vom 23. Mai 1999 in Berlin

**Johannes Rau**

geboren 16. Januar 1931, gestorben 27. Januar 2006

**Amtszeit: 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2004**

Die SPD nominiert erneut Johannes Rau, CDU und CSU stellen Dagmar Schipanski auf, die PDS benennt Uta Ranke-Heinemann, die Tochter des ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann. Johannes Rau wird im zweiten Wahlgang mit 690 Stimmen gewählt. Dagmar Schipanski erhält 572 Stimmen, Uta Ranke-Heinemann 62 Stimmen.

### 1. Wahlgang

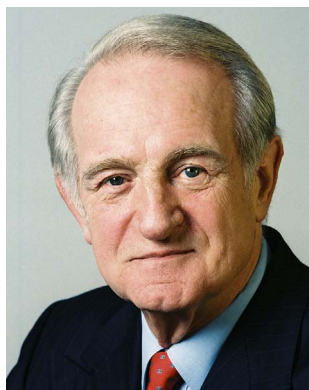
| Kandidatin oder Kandidat | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
|--------------------------|-------------------|-------------|---------|
| Johannes Rau (SPD)       | SPD               | 657         | 49,1    |
| Dagmar Schipanski (CDU)  | CDU, CSU          | 588         | 43,9    |
| Uta Ranke-Heinemann      | PDS               | 69          | 5,2     |

1.338 Mitglieder; absolute Mehrheit 670 Stimmen; Enthaltungen 17 (1,3 %); ungültige Stimmen 2 (0,1 %); abgegebene Stimmen 1.333 (99,6 %)

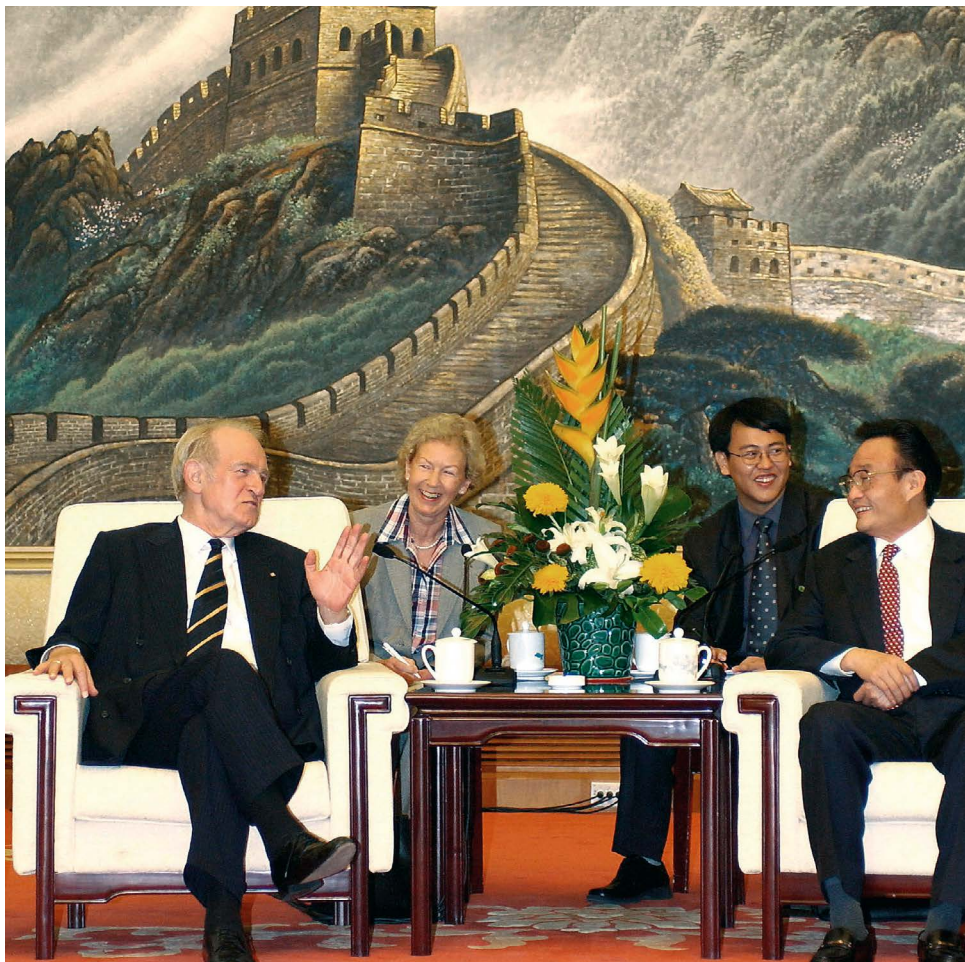
### 2. Wahlgang

| Kandidatin oder Kandidat | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
|--------------------------|-------------------|-------------|---------|
| Johannes Rau (SPD)       | SPD               | 690         | 51,6    |
| Dagmar Schipanski (CDU)  | CDU, CSU          | 572         | 42,8    |
| Uta Ranke-Heinemann      | PDS               | 62          | 4,6     |

Enthaltungen 8 (0,6 %); ungültige Stimmen 1 (0,1 %); abgegebene Stimmen 1.333 (99,6 %)



Das Motto von Johannes Rau war „Versöhnen statt spalten“; er setzte sich für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern und für Minderheiten ein und plädierte für eine geregelte Einwanderungspolitik. Als deutsches Staatsoberhaupt sprach er vor dem israelischen Parlament, der Knesset, und bat das jüdische Volk und Israel um Vergebung für die Verbrechen des Holocaust.



Bundespräsident Johannes Rau  
trifft den Vorsitzenden des  
chinesischen Volkskongresses,  
Wu Banguo, in Peking.

12. Bundesversammlung vom 23. Mai 2004 in Berlin

Horst Köhler  
geboren 22. Februar 1943

1. Amtszeit: 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2009

Der ehemalige Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) tritt gegen die Kandidatin der SPD und Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Gesine Schwan, an. Horst Köhler erhält im ersten Wahlgang 604 Stimmen und damit nur eine Stimme mehr, als für die absolute Mehrheit erforderlich ist. Gesine Schwan erhält 589 Stimmen.

| 1. Wahlgang              |                              |             |         |
|--------------------------|------------------------------|-------------|---------|
| Kandidatin oder Kandidat | vorgeschlagen von            | Stimmenzahl | Prozent |
| Horst Köhler (CDU)       | CDU, CSU, FDP                | 604         | 50,1    |
| Gesine Schwan (SPD)      | SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | 589         | 48,9    |

1.205 Mitglieder; absolute Mehrheit 603 Stimmen; Enthaltungen 9 (0,7 %); ungültige Stimmen 2 (0,2 %);  
abgegebene Stimmen 1.204 (99,9 %)



Horst Köhler prägte das Bild von Deutschland als „Land der Ideen“, das einig und selbstbewusst die eigene Zukunft gestalten kann und die Verantwortung annimmt, in der Welt und der Europäischen Union als Kraft zum Guten zu wirken. Außenpolitische Themen waren die menschliche Globalisierung mit verlässlichen Regeln und die Armutsbekämpfung auf dem afrikanischen Kontinent. Sein innenpolitischer Fokus lag darauf, wie zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland gesichert und geschaffen werden können.

## 13. Bundesversammlung vom 23. Mai 2009 in Berlin

### 2. Amtszeit: 1. Juli 2009 bis 31. Mai 2010

Zum ersten Mal treten zwei Kandidierende noch einmal gegeneinander an: Neben Horst Köhler stellt sich auch Gesine Schwan erneut zur Wahl. DIE LINKE. nominiert den Schauspieler Peter Sodann, der Kandidat von NPD und DVU ist Frank Renniecke. Horst Köhler erhält im ersten Wahlgang 613 Stimmen und damit exakt so viele, wie er zum Erreichen der absoluten Mehrheit benötigt. Gesine Schwan erhält 503 Stimmen, Peter Sodann 91 Stimmen, Frank Renniecke vier. Am 31. Mai 2010 tritt Horst Köhler mit sofortiger Wirkung zurück, nachdem er wegen seiner Äußerungen zu Bundeswehreinrätzen im Ausland kritisiert wurde.

#### 1. Wahlgang

| Kandidatin oder Kandidat | vorgeschlagen von            | Stimmenzahl | Prozent |
|--------------------------|------------------------------|-------------|---------|
| Horst Köhler (CDU)       | CDU, CSU, FDP                | 613         | 50,1    |
| Gesine Schwan (SPD)      | SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | 503         | 41,1    |
| Peter Sodann             | DIE LINKE.                   | 91          | 7,4     |
| Frank Renniecke (NPD)    | NPD, DVU                     | 4           | 0,3     |

1.224 Mitglieder; absolute Mehrheit 613 Stimmen; Enthaltungen 10 (0,8 %); ungültige Stimmen 2 (0,2 %); abgegebene Stimmen 1.223 (99,9 %)



Bundespräsident Horst Köhler und seine Frau Eva Luise beim Besuch des Flüchtlingslagers Coö Pe im Norden Ugandas. Bewohnerinnen und Bewohner begrüßen sie mit einer „menschlichen Pyramide“.



## 14. Bundesversammlung vom 30. Juni 2010 in Berlin

**Christian Wulff**  
geboren 19. Juni 1959

**Amtszeit: 1. Juli 2010 bis 17. Februar 2012**

Der bisherige Ministerpräsident Niedersachsens, Christian Wulff, tritt als Kandidat der CDU/CSU und der FDP gegen den DDR-Bürgerrechtler und früheren Leiter der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, an, den die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nominierten. Weitere Kandidierende sind die Bundestagsabgeordnete Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.) und Frank Rennicke, den die NPD nominierte. Im ersten Wahlgang erreicht Christian Wulff nicht die nötige absolute Mehrheit und kommt auf 600 Stimmen. Joachim Gauck erhält 499 Stimmen, Lukrezia Jochimsen 126, Frank Rennicke drei Stimmen. Auch im zweiten Wahlgang verpasst Christian Wulff die nötige absolute Mehrheit: 615 Mitglieder der Bundesversammlung stimmen für ihn, 490 für Joachim Gauck. Lukrezia Jochimsen erhält 123 Stimmen, Frank Rennicke drei – sie stehen für den dritten Wahlgang nicht mehr zur Verfügung. Im nächsten Wahlgang enthalten sich 121 Mitglieder. Joachim Gauck kann 494 Stimmen auf sich vereinen, Christian Wulff erhält mit 625 Stimmen die absolute Mehrheit und ist damit zum Bundespräsidenten gewählt. Am 17. Februar 2012 tritt Christian Wulff mit sofortiger Wirkung von seinem Amt zurück, nachdem die Staatsanwaltschaft Hannover beim Bundestag die Aufhebung der Immunität Wulffs beantragt hatte, um ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen ihn einleiten zu können.



Mit 51 Jahren war Christian Wulff der jüngste Bundespräsident; seine Amtszeit dauerte nur knapp ein- einhalb Jahre. Integration und interreligiöser Dialog waren wichtige Themen für ihn: In einer Grundsatzzrede zum Tag der Deutschen Einheit 2010 rief er eindringlich dazu auf, die Vielfalt im Land zu schätzen und den Zusammenhalt zu fördern.



### 1. Wahlgang

| Kandidatin oder Kandidat        | vorgeschlagen von          | Stimmenzahl | Prozent |
|---------------------------------|----------------------------|-------------|---------|
| Christian Wulff (CDU)           | CDU, CSU, FDP              | 600         | 48,3    |
| Joachim Gauck                   | SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 499         | 40,2    |
| Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.) | DIE LINKE.                 | 126         | 10,6    |
| Frank Renniecke                 | NPD                        | 3           | 0,2     |

1.244 Mitglieder; absolute Mehrheit 625 Stimmen; Enthaltungen 9 (0,7 %); ungültige Stimmen 1 (0,1 %);  
abgegebene Stimmen 1.242 (99,8 %)

### 2. Wahlgang

| Kandidatin oder Kandidat        | vorgeschlagen von          | Stimmenzahl | Prozent |
|---------------------------------|----------------------------|-------------|---------|
| Christian Wulff (CDU)           | CDU, CSU, FDP              | 615         | 49,6    |
| Joachim Gauck                   | SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 490         | 39,6    |
| Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.) | DIE LINKE.                 | 123         | 9,9     |
| Frank Renniecke                 | NPD                        | 3           | 0,2     |

Enthaltungen 7 (0,6 %); ungültige Stimmen 1 (0,1%); abgegebene Stimmen 1.239 (99,6 %)

### 3. Wahlgang

| Kandidat              | vorgeschlagen von          | Stimmenzahl | Prozent |
|-----------------------|----------------------------|-------------|---------|
| Christian Wulff (CDU) | CDU, CSU, FDP              | 625         | 50,2    |
| Joachim Gauck         | SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 494         | 39,7    |

Enthaltungen 121 (9,7 %); ungültige Stimmen 2 (0,2 %); abgegebene Stimmen 1.242 (99,8 %)



Bundespräsident Christian Wulff und seine Frau Bettina empfangen Sternsingerinnen und Sternsinger im Schloss Bellevue.

15. Bundesversammlung vom 18. März 2012 in Berlin

Joachim Gauck  
geboren 24. Januar 1940

Amtszeit: 18. März 2012 bis 18. März 2017

Nach dem Rücktritt des zehnten Bundespräsidenten, Christian Wulff, verständigen sich CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN schnell auf den ehemaligen Leiter der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, als gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Staatsoberhauptes. DIE LINKE. stellt mit der deutsch-französischen Journalistin Beate Klarsfeld eine eigene Kandidatin auf, die NPD nominiert den Historiker Olaf Rose.

Joachim Gauck erreicht erwartungsgemäß im ersten Wahlgang mit 991 von insgesamt 1.232 Stimmen klar die erforderliche absolute Mehrheit. Seine Gegenkandidatin Beate Klarsfeld erhält 126 Stimmen, Olaf Rose drei. Joachim Gauck tritt sein Amt als elfter Bundespräsident am selben Tag an, die Vereidigung erfolgt am 23. März 2012 in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat.

| 1. Wahlgang              |                                             |             |         |
|--------------------------|---------------------------------------------|-------------|---------|
| Kandidatin oder Kandidat | vorgeschlagen von                           | Stimmenzahl | Prozent |
| Joachim Gauck            | CDU, CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | 991         | 79,9    |
| Beate Klarsfeld          | DIE LINKE.                                  | 126         | 10,2    |
| Olaf Rose                | NPD                                         | 3           | 0,2     |

1.240 Mitglieder; absolute Mehrheit 621 Stimmen; Enthaltungen 108 (8,7 %); ungültige Stimmen 4 (0,3 %); abgegebene Stimmen 1.232 (99,4 %)



Joachim Gauck ermutigte alle in Deutschland lebenden Menschen, ihr Leben aktiv als Bürgerinnen und Bürger zu gestalten und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Das „beste Deutschland, das wir jemals hatten“, gelte es zu stabilisieren und gegen nationalistische, populistische und demokratiefeindliche Bedrohungen zu verteidigen. Deutschland solle mehr Verantwortung für die Stabilisierung eines friedlichen und demokratischen Europas und für die friedliche Entwicklung der Welt übernehmen.



Bundespräsident Joachim Gauck (2. v. r.) und seine Lebensgefährtin Daniela Schadt bei einem Besuch der Orgelbaufirma Klais (r. Geschäftsführer Philipp Klais).

## 16. Bundesversammlung vom 12. Februar 2017 in Berlin

**Frank-Walter Steinmeier**  
geboren am 5. Januar 1956

### 1. Amtszeit: 19. März 2017 bis 18. März 2022

Nachdem Joachim Gauck sich entschieden hatte, für eine zweite Amtszeit nicht mehr zu kandidieren, schlägt die SPD den damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier als Kandidaten vor; CDU und CSU schließen sich dem Vorschlag an, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW unterstützen die Kandidatur.

DIE LINKE. nominiert den Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge, die AfD Albrecht Glaser. Weitere Kandidaten sind Alexander Hold, der von den bayerischen Freien Wählern aufgestellt wird, und Engelbert Sonneborn, den die Piraten nominieren. Frank-Walter Steinmeier erhält im ersten Wahlgang mit 931 von insgesamt 1.260 Stimmen die erforderliche absolute Mehrheit. Er tritt sein neues Amt am 19. März 2017 an und wird am 22. März 2017 im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat vereidigt.

| 1. Wahlgang                   |                   |             |         |
|-------------------------------|-------------------|-------------|---------|
| Kandidat                      | vorgeschlagen von | Stimmenzahl | Prozent |
| Frank-Walter Steinmeier (SPD) | CDU, CSU, SPD     | 931         | 73,9    |
| Christoph Butterwegge         | DIE LINKE.        | 128         | 10,2    |
| Albrecht Glaser (AfD)         | AfD               | 42          | 3,3     |
| Alexander Hold (Freie Wähler) | Freie Wähler      | 25          | 2,0     |
| Engelbert Sonneborn (Piraten) | Piraten           | 10          | 0,8     |

1.260 Mitglieder; absolute Mehrheit 631 Stimmen; Enthaltungen 103 (8,2 %); ungültige Stimmen 14 (1,1 %); abgegebene Stimmen 1.239 (98,4 %)



In seiner Antrittsrede rief Frank-Walter Steinmeier dazu auf, in schwierigen Zeiten Mut zu beweisen und Freiheit und Demokratie in Europa zu bewahren und zu verteidigen. Gerade die deutsche Geschichte zeige, dass die Demokratie nicht selbstverständlich ist. Über Fehlentwicklungen und Probleme müsse offen geredet werden; Unsicherheiten und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger müssen ernst genommen werden. Als Beispiele nannte er die Integration von Flüchtlingen, aber auch ethische Standards in der Wirtschaft.

## 17. Bundesversammlung vom 13. Februar 2022 in Berlin

### 2. Amtszeit: 19. März 2022 bis voraussichtlich 18. März 2027

Bei der Wahl am 13. Februar 2022 tritt Frank-Walter Steinmeier erneut an. Er wird nicht nur von den Regierungsparteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vorgeschlagen, sondern auch von der größten Oppositionsfraktion CDU/CSU. Entsprechend deutlich ist das Wahlergebnis: Von den 1.472 Stimmen in der Bundesversammlung entfallen auf den Sozialdemokraten 1.045 Stimmen.

Die anderen Kandidierenden folgen mit großem Abstand auf den weiteren Plätzen. Der Ökonom und Publizist Max Otte, den die AfD nominierte, erhält 140 Stimmen, der von der Partei DIE LINKE. aufgestellte Sozialmediziner Gerhard Trabert 96 Stimmen und auf die Physikerin und Kommunalpolitikerin Stefanie Gebauer (Freie Wähler) entfallen 58 Stimmen.

| 1. Wahlgang                     |                                              |             |         |  |
|---------------------------------|----------------------------------------------|-------------|---------|--|
| Kandidatin oder Kandidat        | vorgeschlagen von                            | Stimmenzahl | Prozent |  |
| Frank-Walter Steinmeier (SPD)   | SPD, CDU, CSU,<br>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP | 1.045       | 71,0    |  |
| Max Otte (CDU)                  | AFD                                          | 140         | 9,5     |  |
| Gerhard Trabert                 | DIE LINKE.                                   | 96          | 6,5     |  |
| Stefanie Gebauer (Freie Wähler) | Freie Wähler                                 | 58          | 3,9     |  |

1.472 Mitglieder; absolute Mehrheit 737 Stimmen; Enthaltungen 86 (5,8 %); ungültige Stimmen 12 (0,8 %); nicht abgegebene Stimmen 35 (2,4 %); abgegebene Stimmen 1.437 (97,6 %)



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (2. v. r.) bei einer Wanderung durch den Nationalpark Schwarzwald.





## **Anhang**

#### **Artikel 54 des Grundgesetzes**

(1) Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestag besitzt und das 40. Lebensjahr vollendet hat.

(2) Das Amt des Bundespräsidenten dauert fünf Jahre. Anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig.

(3) Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

(4) Die Bundesversammlung tritt spätestens 30 Tage vor Ablauf der Amtszeit des Bundespräsidenten, bei vorzeitiger Beendigung spätestens 30 Tage nach diesem Zeitpunkt zusammen. Sie wird von dem Präsidenten des Bundestages einberufen.

(5) Nach Ablauf der Wahlperiode beginnt die Frist des Absatzes 4 Satz 1 mit dem ersten Zusammentritt des Bundestages.

(6) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

(7) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

## Gesetzliche Grundlagen



## Erster Abschnitt

### Die Bundesversammlung

#### § 1

Der Präsident des Bundestages bestimmt Ort und Zeit des Zusammentrittes der Bundesversammlung.

#### § 2

(1) Die Bundesregierung stellt rechtzeitig fest, wieviel Mitglieder die einzelnen Landtage zur Bundesversammlung zu wählen haben. Dabei sind die gesetzliche Mitgliederzahl des Bundestages im Zeitpunkt der Beschlußfassung der Bundesregierung und das Verhältnis der letzten amtlichen Bevölkerungszahlen der Länder zugrunde zu legen. Bei Ermittlung der Bevölkerungszahlen bleiben Ausländer (§ 2 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes) unberücksichtigt. Die Bundesregierung macht die Zahl der von den einzelnen Landtagen zu wählenden Mitglieder im Bundesgesetzblatt bekannt.

(2) Die Landtage haben die Wahl unverzüglich vorzunehmen. Besteht am Tage der Bekanntmachung nach Absatz 1 Satz 3 kein Landtag oder hat ein Landtag vor Ablauf seiner Wahlperiode die Wahl nicht mehr vorgenommen, so wählt der neue Landtag die Mitglieder. Kann der neue Landtag die Wahl nicht mehr rechtzeitig vornehmen, so tritt an seine Stelle der Ausschuß, der verfassungsgemäß die Rechte des Landtages gegenüber der Regierung bis zum Zusammentritt des neuen Landtages wahrnimmt, oder ein vom Landtag für die Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung gebildeter Ausschuß. Kommt eine rechtzeitige Wahl nicht zustande, so bleiben die auf das Land entfallenden Sitze unbesetzt.

### **Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung**

BPräsWahlG

Ausfertigungsdatum:

25.4.1959, zuletzt geändert durch Gesetz am 12.7.2007

„Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 1100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326)“

### § 3

Zur Bundesversammlung ist wählbar, wer zum Bundestag wählbar ist.

### § 4

(1) Der Landtag wählt die auf das Land entfallenden Mitglieder nach Vorschlagslisten. Bei der Wahl sind die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtages entsprechend anzuwenden.

(2) Jeder Abgeordnete hat eine Stimme.

(3) Die Sitze werden, wenn mehrere Vorschlagslisten vorliegen, den Listen nach der Zahl der ihnen zugefallenen Stimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt zugeteilt.

Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das vom Präsidenten des Landtages zu ziehende Los. Die Sitze werden den Bewerbern in der Reihenfolge ihrer Namen auf den Vorschlagslisten zugewiesen. Entfallen auf eine Liste mehr Sitze, als Bewerber benannt sind, so gehen die Sitze in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen auf die anderen Listen über.

(4) Der Präsident des Landtages fordert die Gewählten auf, binnen zwei Tagen schriftlich zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. Die Gewählten erwerben die Mitgliedschaft in der Bundesversammlung mit dem Eingang der schriftlichen Annahmeerklärung bei dem Präsidenten des Landtages.

Gibt der Gewählte bis zum Ablauf der gesetzten Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als zu diesem Zeitpunkt angenommen.

(5) Nimmt ein Gewählter die Wahl nicht an oder scheidet ein Mitglied aus, so tritt der nächste nicht gewählte Bewerber der gleichen Vorschlagsliste ein. Ist die Vorschlagsliste erschöpft, so geht der Sitz auf die Liste über, auf die die nächste Höchstzahl entfällt. Die Feststellung, wer als Listennachfolger eintritt, trifft der Präsident des Landtages. Absatz 4 gilt entsprechend.

(6) Der Präsident des Landtages übermittelt das Ergebnis der Wahl dem Präsidenten des Bundestages.

## § 5

Jedes Mitglied des Landtages und jeder in eine Vorschlagsliste aufgenommene Bewerber kann binnen zwei Tagen nach Verkündung des Wahlergebnisses beim Präsidenten des Landtages Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl erheben. Über den Einspruch entscheidet der Landtag unverzüglich, spätestens jedoch eine Woche vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung. Ergeht bis dahin keine Entscheidung, so entscheidet die Bundesversammlung. Der Präsident des Bundestages bereitet die Entscheidung der Bundesversammlung vor.

## § 6

Wird die Wahl nach § 2 Abs. 2 Satz 3 von einem Landtagsausschuß vorgenommen, so gelten §§ 4 und 5 entsprechend.

## § 7

Artikel 46, 47, 48 Abs. 2 des Grundgesetzes finden auf die Mitglieder der Bundesversammlung entsprechende Anwendung. Für Immunitätsangelegenheiten ist der Bundestag zuständig; die vom Bundestag oder seinem zuständigen Ausschuss erlassenen Regelungen in Immunitätsangelegenheiten gelten entsprechend. Die Mitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

## Zweiter Abschnitt

### Wahl des Bundespräsidenten

## § 8

Der Präsident des Bundestages leitet die Sitzungen und Geschäfte der Bundesversammlung. Auf ihren Geschäftsgang findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt.

## § 9

(1) Wahlvorschläge für die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung beim Präsidenten des Bundestages schriftlich einreichen. Für den zweiten und dritten Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Die Wahlvorschläge dürfen nur die zur Bezeichnung des Vorgeschlagenen erforderlichen Angaben enthalten; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen ist beizufügen.

(2) Der Sitzungsvorstand prüft, ob die Wahlvorschläge den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen. Über die Zurückweisung eines Wahlvorschlages entscheidet die Bundesversammlung.

(3) Gewählt wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln. Stimmzettel, die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten, sind ungültig.

(4) Der Präsident des Bundestages teilt dem Gewählten die Wahl mit und fordert ihn auf, ihm binnen zwei Tagen zu erklären, ob er die Wahl annimmt. Gibt der Gewählte innerhalb dieser Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als abgelehnt.

(5) Der Präsident des Bundestages erklärt die Bundesversammlung für beendet, nachdem der Gewählte die Wahl angenommen hat.

#### **§ 10**

Das Amt des Bundespräsidenten beginnt mit dem Ablauf der Amtszeit seines Vorgängers, jedoch nicht vor Eingang der Annahmeerklärung beim Präsidenten des Bundestages.

#### **§ 11**

Der Präsident des Bundestages veranlaßt die Eidesleistung des Bundespräsidenten.

### **Dritter Abschnitt** Schlußvorschriften

#### **§ 12**

Die Mitglieder der Bundesversammlung erhalten eine Entschädigung, deren Höhe der Präsident des Bundestages in sinngemäßer Anwendung der für die Mitglieder des Bundestages geltenden Bestimmungen festsetzt.

#### **§ 13**

(weggefallen)

#### **§ 14**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Zwar stehen die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl des Staatsoberhaupts in der Regel schon im Vorfeld fest; der Ausgang der Wahl ist aber immer auch entscheidend geprägt von der Zusammensetzung der Bundesversammlung. Denn abhängig von den Ergebnissen der Landtagswahlen, verändert sich die Zahl der Mitglieder, die die einzelnen Parteien aus den Ländern in die Bundesversammlung entsenden – und damit können mitunter auch bereits sicher geglaubte Mehrheiten für eine Kandidatin oder einen Kandidaten gefährdet sein.

Die Statistik gibt einen Überblick über die Zusammensetzung der Bundesversammlungen seit 1949 nach Parteien, Bund und Ländern.

## Statistik

## Zusammensetzung der Bundesversammlungen von 1949 bis 1989 nach Parteien

| Parteien                    | 1. Bundesversammlung (1949) |                     |                   | 2. Bundesversammlung (1954) |            |              |  |
|-----------------------------|-----------------------------|---------------------|-------------------|-----------------------------|------------|--------------|--|
|                             | Bund <sup>1</sup>           | Länder <sup>1</sup> | zus. <sup>1</sup> | Bund                        | Länder     | zus.         |  |
| CDU/CSU                     | 140 (+2)                    | 140 (+2)            | 280 (+4)          | 250                         | 181        | 431          |  |
| SPD                         | 131 (+5)                    | 148 (+4)            | 279 (+9)          | 162                         | 185        | 347          |  |
| FDP (DVP)                   | 52 (+1)                     | 35 (+2)             | 87 (+3)           | 52                          | 60         | 112          |  |
| KPD                         | 15                          | 25                  | 40                | –                           | 10         | 10           |  |
| Bayern-Partei               | 17                          | 17                  | 34                | –                           | 15         | 15           |  |
| Deutsche Partei             | 17                          | 11                  | 28                | 15                          | –          | 15           |  |
| Zentrumspartei              | 10                          | 11                  | 21                | –                           | 12         | 12           |  |
| Gesamtdeutscher Block (BHE) | –                           | –                   | –                 | 28                          | 33         | 61           |  |
| Hamburg-Block               | –                           | –                   | –                 | –                           | 9          | 9            |  |
| sonstige                    | 20                          | 15                  | 35                | 2                           | 4          | 6            |  |
| <b>Gesamtzahl</b>           | <b>402 (+8)</b>             | <b>402 (+8)</b>     | <b>804 (+16)</b>  | <b>509</b>                  | <b>509</b> | <b>1.018</b> |  |

| Parteien                | 5. Bundesversammlung (1969) |                 |                 | 6. Bundesversammlung (1974) |            |              |  |
|-------------------------|-----------------------------|-----------------|-----------------|-----------------------------|------------|--------------|--|
|                         | Bund                        | Länder          | zus.            | Bund                        | Länder     | zus.         |  |
| CDU/CSU                 | 252                         | 230             | 482             | 234                         | 267        | 501          |  |
| SPD                     | 217                         | 232             | 449             | 242                         | 228        | 470          |  |
| FDP                     | 49                          | 34              | 83              | 42                          | 23         | 65           |  |
| Die Grünen <sup>2</sup> | –                           | –               | –               | –                           | –          | –            |  |
| sonstige                | –                           | 22 <sup>3</sup> | 22 <sup>3</sup> | –                           | –          | –            |  |
| <b>Gesamtzahl</b>       | <b>518</b>                  | <b>518</b>      | <b>1.036</b>    | <b>518</b>                  | <b>518</b> | <b>1.036</b> |  |

| 3. Bundesversammlung (1959) |            |              | 4. Bundesversammlung (1964) |            |              |
|-----------------------------|------------|--------------|-----------------------------|------------|--------------|
| Bund                        | Länder     | zus.         | Bund                        | Länder     | zus.         |
| 279                         | 238        | 517          | 250                         | 235        | 485          |
| 181                         | 205        | 386          | 204                         | 241        | 445          |
| 44                          | 38         | 82           | 66                          | 38         | 104          |
| –                           | –          | –            | –                           | –          | –            |
| –                           | 6          | 6            | –                           | –          | –            |
| 15                          | 9          | 24           | –                           | –          | –            |
| –                           | –          | –            | –                           | –          | –            |
| –                           | 20         | 20           | –                           | –          | –            |
| –                           | –          | –            | –                           | –          | –            |
| –                           | 3          | 3            | 1                           | 7          | 8            |
| <b>519</b>                  | <b>519</b> | <b>1.038</b> | <b>521</b>                  | <b>521</b> | <b>1.042</b> |

| 7. Bundesversammlung (1979) |            |                | 8. Bundesversammlung (1984) |            |                | 9. Bundesversammlung (1989) |                |              |
|-----------------------------|------------|----------------|-----------------------------|------------|----------------|-----------------------------|----------------|--------------|
| Bund                        | Länder     | zus.           | Bund                        | Länder     | zus.           | Bund                        | Länder         | zus.         |
| 253                         | 278        | 531            | 253                         | 272        | 525            | 234                         | 245            | 479          |
| 224                         | 214        | 438            | 202                         | 224        | 426            | 193                         | 226            | 419          |
| 40                          | 26         | 66             | 35                          | 12         | 47             | 48                          | 23             | 71           |
| –                           | –          | –              | 27                          | 12         | 39             | 43                          | 24             | 67           |
| 1 <sup>4</sup>              | –          | 1 <sup>4</sup> | 3 <sup>4</sup>              | –          | 3 <sup>4</sup> | 1 <sup>4</sup>              | 1 <sup>5</sup> | 2            |
| <b>518</b>                  | <b>518</b> | <b>1.036</b>   | <b>520</b>                  | <b>520</b> | <b>1.040</b>   | <b>519</b>                  | <b>519</b>     | <b>1.038</b> |

1 in Klammern: nicht stimmberechtigte Mitglieder aus Berlin

2 einschließlich Alternative Liste (AL) und Grün-Alternative Liste (GAL)

3 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

4 Fraktionslose

5 Republikaner (REP)

## Zusammensetzung der 10. Bundesversammlung 1994

| Länder              | CDU/CSU    |            |            | SPD        |            |            | FDP       |           |            |
|---------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|-----------|-----------|------------|
|                     | B*         | L**        | zus.       | B*         | L**        | zus.       | B*        | L**       | zus.       |
| Baden-Württemberg   | 39         | 36         | 75         | 24         | 26         | 50         | 10        | 3         | 13         |
| Bayern              | 50         | 61         | 111        | 26         | 27         | 53         | 9         | 3         | 12         |
| Berlin              | 12         | 13         | 25         | 9          | 9          | 18         | 3         | 2         | 5          |
| Brandenburg         | 8          | 6          | 14         | 7          | 10         | 17         | 2         | 1         | 3          |
| Bremen              | 2          | 2          | 4          | 3          | 3          | 6          | 1         | —         | 1          |
| Hamburg             | 6          | 4          | 10         | 6          | 7          | 13         | 2         | —         | 2          |
| Hessen              | 22         | 19         | 41         | 20         | 20         | 40         | 6         | 3         | 9          |
| Meckl.-Vorpommern   | 8          | 8          | 16         | 4          | 5          | 9          | 1         | 1         | 2          |
| Niedersachsen       | 31         | 28         | 59         | 27         | 29         | 56         | 7         | 3         | 10         |
| Nordrhein-Westfalen | 63         | 53         | 116        | 65         | 73         | 138        | 17        | 8         | 25         |
| Rheinland-Pfalz     | 17         | 13         | 30         | 13         | 15         | 28         | 4         | 2         | 6          |
| Saarland            | 4          | 3          | 7          | 6          | 6          | 12         | 1         | —         | 1          |
| Sachsen             | 21         | 25         | 46         | 8          | 8          | 16         | 5         | 2         | 7          |
| Sachsen-Anhalt      | 11         | 10         | 21         | 6          | 7          | 13         | 4         | 2         | 6          |
| Schleswig-Holstein  | 11         | 9          | 20         | 10         | 12         | 22         | 3         | 1         | 4          |
| Thüringen           | 12         | 12         | 24         | 5          | 6          | 11         | 3         | 2         | 5          |
| <b>insgesamt</b>    | <b>317</b> | <b>302</b> | <b>619</b> | <b>239</b> | <b>263</b> | <b>502</b> | <b>78</b> | <b>33</b> | <b>111</b> |



| BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |                |           | PDS       |           |           | sonstige       |                |           | insgesamt  |            |              |
|-----------------------|----------------|-----------|-----------|-----------|-----------|----------------|----------------|-----------|------------|------------|--------------|
| B*                    | L**            | zus.      | B*        | L**       | zus.      | B*             | L**            | zus.      | B*         | L**        | zus.         |
| –                     | 6              | 6         | –         | –         | –         | –              | 8 <sup>3</sup> | 8         | 73         | 79         | 152          |
| –                     | 5              | 5         | –         | –         | –         | 1 <sup>1</sup> | –              | 1         | 86         | 96         | 182          |
| 1                     | 2              | 3         | 3         | 2         | 5         | –              | –              | –         | 28         | 28         | 56           |
| 2                     | 1              | 3         | 3         | 4         | 7         | –              | –              | –         | 22         | 22         | 44           |
| –                     | –              | –         | –         | –         | –         | –              | –              | –         | 6          | 5          | 11           |
| –                     | 2 <sup>2</sup> | 2         | –         | –         | –         | –              | –              | –         | 14         | 13         | 27           |
| –                     | 4              | 4         | –         | –         | –         | –              | –              | –         | 48         | 46         | 94           |
| 1                     | –              | 1         | 2         | 2         | 4         | –              | –              | –         | 16         | 16         | 32           |
| –                     | 3              | 3         | –         | –         | –         | –              | –              | –         | 65         | 63         | 128          |
| –                     | 7              | 7         | 1         | –         | 1         | –              | –              | –         | 146        | 141        | 287          |
| –                     | 2              | 2         | –         | –         | –         | –              | –              | –         | 34         | 32         | 66           |
| –                     | –              | –         | –         | –         | –         | –              | –              | –         | 11         | 9          | 20           |
| 2                     | 2              | 4         | 3         | 4         | 7         | 1 <sup>1</sup> | –              | 1         | 40         | 41         | 81           |
| 1                     | 1              | 2         | 2         | 3         | 5         | 2 <sup>1</sup> | 2 <sup>4</sup> | 4         | 26         | 25         | 51           |
| –                     | –              | –         | –         | –         | –         | –              | 1 <sup>5</sup> | 1         | 24         | 23         | 47           |
| 1                     | 1              | 2         | 2         | 2         | 4         | –              | –              | –         | 23         | 23         | 46           |
| <b>8</b>              | <b>36</b>      | <b>44</b> | <b>16</b> | <b>17</b> | <b>33</b> | <b>4</b>       | <b>11</b>      | <b>15</b> | <b>662</b> | <b>662</b> | <b>1.324</b> |

\*Mitglieder der Bundesversammlung, die Mitglieder des Bundestages sind

\*\*Mitglieder der Bundesversammlung, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt wurden

1 Fraktionslose

2 Grün-Alternative Liste (GAL)

3 Republikaner (REP)

4 je 1 Fraktion Unabhängiger Abgeordneter (FUA) und 1 fraktionsloses Mitglied

5 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

## Zusammensetzung der 11. Bundesversammlung 1999

| Länder              | SPD        |            |            | CDU/CSU    |            |            | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |                |           |
|---------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|-----------------------|----------------|-----------|
|                     | B*         | L**        | zus.       | B*         | L**        | zus.       | B*                    | L**            | zus.      |
| Baden-Württemberg   | 30         | 21         | 51         | 32         | 37         | 69         | 8                     | 10             | 18        |
| Bayern              | 34         | 32         | 66         | 47         | 60         | 107        | 6                     | 6              | 12        |
| Berlin              | 10         | 7          | 17         | 7          | 12         | 19         | 3                     | 4              | 7         |
| Brandenburg         | 12         | 14         | 26         | 5          | 4          | 9          | 1                     | —              | 1         |
| Bremen              | 3          | 2          | 5          | 1          | 2          | 3          | 1                     | 1              | 2         |
| Hamburg             | 7          | 6          | 13         | 4          | 5          | 9          | 1                     | 2 <sup>1</sup> | 3         |
| Hessen              | 21         | 20         | 41         | 17         | 22         | 39         | 4                     | 3              | 7         |
| Meckl.-Vorpommern   | 7          | 6          | 13         | 4          | 6          | 10         | —                     | —              | —         |
| Niedersachsen       | 35         | 35         | 70         | 24         | 26         | 50         | 4                     | 4              | 8         |
| Nordrhein-Westfalen | 72         | 70         | 142        | 52         | 58         | 110        | 11                    | 15             | 26        |
| Rheinland-Pfalz     | 15         | 14         | 29         | 14         | 14         | 28         | 2                     | 2              | 4         |
| Saarland            | 5          | 5          | 10         | 3          | 4          | 7          | —                     | —              | —         |
| Sachsen             | 12         | 7          | 19         | 13         | 26         | 39         | 2                     | —              | 2         |
| Sachsen-Anhalt      | 13         | 10         | 23         | 6          | 6          | 12         | 1                     | —              | 1         |
| Schleswig-Holstein  | 11         | 11         | 22         | 9          | 9          | 18         | 2                     | 2              | 4         |
| Thüringen           | 11         | 7          | 18         | 7          | 11         | 18         | 1                     | —              | 1         |
| <b>insgesamt</b>    | <b>298</b> | <b>267</b> | <b>566</b> | <b>245</b> | <b>302</b> | <b>547</b> | <b>47</b>             | <b>49</b>      | <b>96</b> |

|  | PDS       |           |           | FDP       |           |           | sonstige |                |          | insgesamt  |            |              |
|--|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|----------|----------------|----------|------------|------------|--------------|
|  | B*        | L**       | zus.      | B*        | L**       | zus.      | B*       | L**            | zus.     | B*         | L**        | zus.         |
|  | 1         | —         | 1         | 7         | 7         | 14        | —        | 7 <sup>2</sup> | 7        | 78         | 82         | 160          |
|  | 1         | —         | 1         | 5         | —         | 5         | —        | —              | —        | 93         | 98         | 191          |
|  | 4         | 4         | 8         | 1         | —         | 1         | —        | —              | —        | 25         | 27         | 52           |
|  | 4         | 5         | 9         | 1         | —         | 1         | —        | —              | —        | 23         | 23         | 46           |
|  | —         | —         | —         | —         | —         | —         | —        | —              | —        | 5          | 5          | 10           |
|  | —         | —         | —         | 1         | —         | 1         | —        | —              | —        | 13         | 13         | 26           |
|  | 1         | —         | 1         | 4         | 2         | 6         | —        | —              | —        | 47         | 47         | 94           |
|  | 4         | 4         | 8         | —         | —         | —         | —        | —              | —        | 15         | 16         | 31           |
|  | 1         | —         | 1         | 4         | —         | 4         | —        | —              | —        | 68         | 65         | 133          |
|  | 2         | —         | 2         | 11        | —         | 11        | —        | —              | —        | 148        | 143        | 291          |
|  | —         | —         | —         | 3         | 3         | 6         | —        | —              | —        | 34         | 33         | 67           |
|  | —         | —         | —         | —         | —         | —         | —        | —              | —        | 8          | 9          | 17           |
|  | 8         | 6         | 14        | 2         | —         | 2         | —        | —              | —        | 37         | 39         | 76           |
|  | 5         | 6         | 11        | 1         | —         | 1         | —        | 2 <sup>3</sup> | 2        | 26         | 24         | 50           |
|  | —         | —         | —         | 2         | 1         | 3         | —        | —              | —        | 24         | 23         | 47           |
|  | 5         | 4         | 9         | 1         | —         | 1         | —        | —              | —        | 25         | 22         | 47           |
|  | <b>36</b> | <b>29</b> | <b>65</b> | <b>43</b> | <b>13</b> | <b>56</b> | <b>—</b> | <b>9</b>       | <b>9</b> | <b>669</b> | <b>669</b> | <b>1.338</b> |

\*Mitglieder der Bundesversammlung, die Mitglieder des Bundestages sind

\*\*Mitglieder der Bundesversammlung, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt wurden

1 Grün-Alternative Liste (GAL)

2 Republikaner (REP)

3 Deutsche Volksunion (DVU)

## Zusammensetzung der 12. Bundesversammlung 2004

| Länder              | CDU/CSU    |            |            | SPD        |            |            | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |                |           |
|---------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|-----------------------|----------------|-----------|
|                     | B*         | L**        | zus.       | B*         | L**        | zus.       | B*                    | L**            | zus.      |
| Baden-Württemberg   | 34         | 37         | 71         | 27         | 27         | 54         | 9                     | 5              | 14        |
| Bayern              | 58         | 62         | 120        | 26         | 20         | 46         | 7                     | 8              | 15        |
| Berlin              | 6          | 6          | 12         | 9          | 8          | 17         | 3                     | 2              | 5         |
| Brandenburg         | 4          | 6          | 10         | 10         | 8          | 18         | 1                     | —              | 1         |
| Bremen              | 1          | 2          | 3          | 2          | 3          | 5          | 1                     | —              | 1         |
| Hamburg             | 4          | 6          | 10         | 5          | 5          | 10         | 2                     | 1 <sup>1</sup> | 3         |
| Hessen              | 16         | 22         | 38         | 18         | 13         | 31         | 5                     | 4              | 9         |
| Meckl.-Vorpommern   | 4          | 5          | 9          | 5          | 6          | 11         | —                     | —              | —         |
| Niedersachsen       | 22         | 30         | 52         | 31         | 21         | 52         | 5                     | 4              | 9         |
| Nordrhein-Westfalen | 49         | 50         | 99         | 60         | 57         | 117        | 12                    | 9              | 21        |
| Rheinland-Pfalz     | 13         | 12         | 25         | 12         | 15         | 27         | 2                     | 1              | 3         |
| Saarland            | 3          | 4          | 7          | 4          | 4          | 8          | 1                     | —              | 1         |
| Sachsen             | 13         | 22         | 35         | 12         | 4          | 16         | 3                     | —              | 3         |
| Sachsen-Anhalt      | 6          | 9          | 15         | 10         | 4          | 14         | 1                     | —              | 1         |
| Schleswig-Holstein  | 8          | 8          | 16         | 10         | 10         | 20         | 2                     | 1              | 3         |
| Thüringen           | 6          | 11         | 17         | 9          | 4          | 13         | 1                     | —              | 1         |
| <b>insgesamt</b>    | <b>247</b> | <b>292</b> | <b>539</b> | <b>250</b> | <b>209</b> | <b>459</b> | <b>55</b>             | <b>35</b>      | <b>90</b> |

|  | FDP       |           |           | PDS      |           |           | sonstige |                |          | insgesamt  |            |              |
|--|-----------|-----------|-----------|----------|-----------|-----------|----------|----------------|----------|------------|------------|--------------|
|  | B*        | L**       | zus.      | B*       | L**       | zus.      | B*       | L**            | zus.     | B*         | L**        | zus.         |
|  | 6         | 6         | 12        | –        | –         | –         | –        | –              | –        | 76         | 75         | 151          |
|  | 4         | –         | 4         | –        | –         | –         | –        | –              | –        | 95         | 90         | 185          |
|  | 2         | 2         | 4         | 2        | 6         | 8         | –        | –              | –        | 22         | 24         | 46           |
|  | 1         | –         | 1         | –        | 5         | 5         | –        | 1 <sup>2</sup> | 1        | 16         | 20         | 36           |
|  | –         | –         | –         | –        | –         | –         | –        | –              | –        | 4          | 5          | 9            |
|  | 1         | –         | 1         | –        | –         | –         | –        | –              | –        | 12         | 12         | 24           |
|  | 4         | 4         | 8         | –        | –         | –         | 1        | –              | 1        | 44         | 43         | 87           |
|  | 1         | –         | 1         | –        | 2         | 2         | –        | –              | –        | 10         | 13         | 23           |
|  | 5         | 5         | 10        | –        | –         | –         | –        | –              | –        | 63         | 60         | 123          |
|  | 13        | 13        | 26        | –        | –         | –         | –        | –              | –        | 134        | 129        | 263          |
|  | 3         | 2         | 5         | –        | –         | –         | –        | –              | –        | 30         | 30         | 60           |
|  | 1         | –         | 1         | –        | –         | –         | –        | –              | –        | 9          | 8          | 17           |
|  | 2         | –         | 2         | –        | 8         | 8         | –        | –              | –        | 30         | 34         | 63           |
|  | 1         | 3         | 4         | –        | 4         | 4         | –        | –              | –        | 18         | 20         | 38           |
|  | 2         | 1         | 3         | –        | –         | –         | –        | 1              | 1        | 22         | 21         | 43           |
|  | 1         | –         | 1         | –        | 4         | 4         | –        | –              | –        | 17         | 19         | 36           |
|  | <b>47</b> | <b>36</b> | <b>83</b> | <b>2</b> | <b>29</b> | <b>31</b> | <b>1</b> | <b>2</b>       | <b>3</b> | <b>602</b> | <b>603</b> | <b>1.207</b> |

\*Mitglieder der Bundesversammlung, die Mitglieder des Bundestages sind

\*\*Mitglieder der Bundesversammlung, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt wurden

1 Grüne/Grün-Alternative Liste (GAL)

2 Deutsche Volksunion (DVU)

## Zusammensetzung der 13. Bundesversammlung 2009

| Länder              | CDU/CSU    |            |            | SPD        |            |            | FDP       |           |            |  |
|---------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|-----------|-----------|------------|--|
|                     | B*         | L**        | zus.       | B*         | L**        | zus.       | B*        | L**       | zus.       |  |
| Baden-Württemberg   | 31         | 39         | 70         | 23         | 22         | 45         | 9         | 8         | 17         |  |
| Bayern              | 46         | 46         | 92         | 24         | 20         | 44         | 9         | 8         | 17         |  |
| Berlin              | 5          | 6          | 11         | 8          | 9          | 17         | 2         | 2         | 4          |  |
| Brandenburg         | 4          | 4          | 8          | 10         | 8          | 18         | 1         | —         | 1          |  |
| Bremen              | 1          | 2          | 3          | 2          | 2          | 4          | —         | —         | —          |  |
| Hamburg             | 4          | 6          | 10         | 6          | 5          | 11         | 1         | —         | 1          |  |
| Hessen              | 15         | 18         | 33         | 16         | 11         | 27         | 5         | 7         | 12         |  |
| Meckl.-Vorpommern   | 4          | 4          | 8          | 4          | 5          | 9          | 1         | 1         | 2          |  |
| Niedersachsen       | 21         | 28         | 49         | 27         | 20         | 47         | 6         | 5         | 11         |  |
| Nordrhein-Westfalen | 46         | 63         | 109        | 54         | 53         | 107        | 13        | 8         | 21         |  |
| Rheinland-Pfalz     | 12         | 12         | 24         | 11         | 16         | 27         | 4         | 3         | 7          |  |
| Saarland            | 3          | 5          | 8          | 4          | 3          | 7          | 1         | —         | 1          |  |
| Sachsen             | 13         | 14         | 27         | 8          | 5          | 13         | 4         | 2         | 6          |  |
| Sachsen-Anhalt      | 5          | 8          | 13         | 10         | 5          | 15         | 2         | 1         | 3          |  |
| Schleswig-Holstein  | 8          | 10         | 18         | 9          | 9          | 18         | 2         | 1         | 3          |  |
| Thüringen           | 5          | 9          | 14         | 6          | 3          | 9          | 1         | —         | 1          |  |
| <b>insgesamt</b>    | <b>223</b> | <b>223</b> | <b>497</b> | <b>222</b> | <b>196</b> | <b>418</b> | <b>61</b> | <b>46</b> | <b>107</b> |  |

| BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |           |           | DIE LINKE. |           |           | sonstige       |                |                 | insgesamt  |            |              |
|-----------------------|-----------|-----------|------------|-----------|-----------|----------------|----------------|-----------------|------------|------------|--------------|
| B*                    | L**       | zus.      | B*         | L**       | zus.      | B*             | L**            | zus.            | B*         | L**        | zus.         |
| 8                     | 9         | 17        | 3          | —         | 3         | —              | —              | —               | 74         | 78         | 152          |
| 7                     | 9         | 16        | 3          | —         | 3         | —              | 10             | 10 <sup>1</sup> | 89         | 93         | 182          |
| 3                     | 4         | 7         | 4          | 3         | 7         | —              | —              | —               | 22         | 24         | 46           |
| 1                     | —         | 1         | 5          | 7         | 12        | —              | 1 <sup>2</sup> | 1               | 21         | 20         | 41           |
| 1                     | 1         | 2         | —          | —         | —         | —              | —              | —               | 4          | 5          | 9            |
| 2                     | 1         | 3         | 1          | —         | 1         | —              | —              | —               | 14         | 12         | 26           |
| 4                     | 6         | 10        | 1          | 2         | 3         | —              | —              | —               | 41         | 44         | 85           |
| 1                     | —         | 1         | 3          | 2         | 5         | —              | 1 <sup>3</sup> | 1               | 13         | 13         | 26           |
| 5                     | 4         | 9         | 3          | 4         | 7         | —              | —              | —               | 62         | 61         | 123          |
| 10                    | 7         | 17        | 7          | —         | 7         | —              | —              | —               | 130        | 131        | 261          |
| 2                     | —         | 2         | 1          | —         | 1         | 1 <sup>4</sup> | —              | 1               | 31         | 31         | 62           |
| —                     | —         | —         | 2          | —         | 2         | —              | —              | —               | 10         | 8          | 18           |
| 2                     | 2         | 4         | 8          | 8         | 16        | 1 <sup>4</sup> | 2 <sup>3</sup> | 3               | 36         | 33         | 69           |
| 1                     | —         | 1         | 5          | 5         | 10        | —              | —              | —               | 23         | 19         | 42           |
| 3                     | 1         | 4         | 1          | —         | 1         | —              | 1 <sup>5</sup> | 1               | 23         | 22         | 45           |
| 1                     | —         | 1         | 5          | 6         | 11        | —              | —              | —               | 18         | 18         | 36           |
| <b>51</b>             | <b>44</b> | <b>95</b> | <b>52</b>  | <b>37</b> | <b>89</b> | <b>2</b>       | <b>15</b>      | <b>17</b>       | <b>611</b> | <b>612</b> | <b>1.223</b> |

\*Mitglieder der Bundesversammlung, die Mitglieder des Bundestages sind

\*\*Mitglieder der Bundesversammlung, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt wurden

**1** Freie Wähler (FW)

**2** Deutsche Volksunion (DVU)

**3** Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

**4** Fraktionslose

**5** Südschleswigscher Wählerverband (SSW)

## Zusammensetzung der 14. Bundesversammlung 2010

| Länder              | CDU/CSU    |            |            | SPD        |            |            | FDP       |           |            |  |
|---------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|-----------|-----------|------------|--|
|                     | B*         | L**        | zus.       | B*         | L**        | zus.       | B*        | L**       | zus.       |  |
| Baden-Württemberg   | 37         | 40         | 77         | 15         | 22         | 37         | 15        | 8         | 23         |  |
| Bayern              | 45         | 47         | 92         | 16         | 20         | 36         | 14        | 8         | 22         |  |
| Berlin              | 6          | 6          | 12         | 5          | 9          | 14         | 3         | 2         | 5          |  |
| Brandenburg         | 5          | 4          | 9          | 5          | 8          | 13         | 2         | 1         | 3          |  |
| Bremen              | 1          | 1          | 2          | 2          | 2          | 4          | 1         | 1         | 2          |  |
| Hamburg             | 4          | 7          | 11         | 4          | 5          | 9          | 2         | —         | 2          |  |
| Hessen              | 15         | 18         | 33         | 12         | 11         | 23         | 8         | 8         | 16         |  |
| Meckl.-Vorpommern   | 6          | 4          | 10         | 2          | 5          | 7          | 1         | 1         | 2          |  |
| Niedersachsen       | 21         | 29         | 50         | 19         | 19         | 38         | 9         | 5         | 14         |  |
| Nordrhein-Westfalen | 45         | 50         | 95         | 39         | 49         | 88         | 20        | 9         | 29         |  |
| Rheinland-Pfalz     | 13         | 12         | 25         | 8          | 16         | 24         | 5         | 3         | 8          |  |
| Saarland            | 4          | 3          | 7          | 2          | 2          | 4          | 1         | 1         | 2          |  |
| Sachsen             | 16         | 14         | 30         | 5          | 4          | 9          | 4         | 3         | 7          |  |
| Sachsen-Anhalt      | 5          | 8          | 13         | 3          | 5          | 8          | 2         | 1         | 3          |  |
| Schleswig-Holstein  | 9          | 8          | 17         | 6          | 6          | 12         | 4         | 3         | 7          |  |
| Thüringen           | 7          | 6          | 13         | 3          | 4          | 7          | 2         | 1         | 3          |  |
| <b>insgesamt</b>    | <b>239</b> | <b>257</b> | <b>496</b> | <b>146</b> | <b>187</b> | <b>333</b> | <b>93</b> | <b>55</b> | <b>148</b> |  |



| BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |           |            | DIE LINKE. |           |            | sonstige |                 |                 | insgesamt  |            |              |
|-----------------------|-----------|------------|------------|-----------|------------|----------|-----------------|-----------------|------------|------------|--------------|
| B*                    | L**       | zus.       | B*         | L**       | zus.       | B*       | L**             | zus.            | B*         | L**        | zus.         |
| 11                    | 9         | 20         | 6          | –         | 6          | –        | –               | –               | 84         | 79         | 163          |
| 10                    | 10        | 20         | 6          | –         | 6          | –        | 10 <sup>1</sup> | 10 <sup>1</sup> | 91         | 95         | 186          |
| 4                     | 4         | 8          | 5          | 4         | 9          | –        | –               | –               | 23         | 25         | 48           |
| 1                     | 1         | 2          | 6          | 6         | 12         | –        | –               | –               | 19         | 20         | 39           |
| 1                     | 1         | 2          | 1          | –         | 1          | –        | –               | –               | 6          | 5          | 11           |
| 2                     | –         | 2          | 1          | –         | 1          | –        | 1 <sup>2</sup>  | 1               | 13         | 13         | 26           |
| 6                     | 6         | 12         | 4          | 2         | 6          | –        | –               | –               | 45         | 45         | 90           |
| 1                     | –         | 1          | 4          | 2         | 6          | –        | 1 <sup>3</sup>  | 1               | 14         | 13         | 27           |
| 7                     | 5         | 12         | 6          | 4         | 10         | –        | –               | –               | 62         | 62         | 124          |
| 14                    | 17        | 31         | 11         | 8         | 19         | –        | –               | –               | 129        | 133        | 262          |
| 3                     | –         | 3          | 3          | –         | 3          | –        | –               | –               | 32         | 31         | 63           |
| 1                     | –         | 1          | 2          | 2         | 4          | –        | –               | –               | 10         | 8          | 18           |
| 2                     | 3         | 5          | 8          | 8         | 16         | –        | 2 <sup>3</sup>  | 2               | 35         | 34         | 69           |
| 1                     | –         | 1          | 6          | 5         | 11         | –        | –               | –               | 17         | 19         | 36           |
| 3                     | 3         | 6          | 2          | 1         | 3          | –        | 1 <sup>4</sup>  | 1               | 24         | 22         | 46           |
| 1                     | 1         | 2          | 5          | 6         | 11         | –        | –               | –               | 18         | 18         | 36           |
| <b>68</b>             | <b>60</b> | <b>128</b> | <b>76</b>  | <b>48</b> | <b>124</b> | <b>–</b> | <b>15</b>       | <b>15</b>       | <b>622</b> | <b>622</b> | <b>1.244</b> |

\*Mitglieder der Bundesversammlung, die Mitglieder des Bundestages sind

\*\*Mitglieder der Bundesversammlung, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt wurden

**1** Freie Wähler (FW)

**2** Grün-Alternative Liste (GAL)

**3** Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

**4** Südschleswiger Wählerverband (SSW)

## Zusammensetzung der 15. Bundesversammlung am 18. März 2012

|                                                                                  |                     | CDU/CSU      |            |
|----------------------------------------------------------------------------------|---------------------|--------------|------------|
| 1. Mitglieder der Bundesversammlung,<br>die von den Landtagen entsandt<br>wurden | Länder              | gesamt       |            |
|                                                                                  | Baden-Württemberg   | 79           | 35         |
|                                                                                  | Bayern              | 95           | 47         |
|                                                                                  | Berlin              | 25           | 7          |
|                                                                                  | Brandenburg         | 20           | 5          |
|                                                                                  | Bremen              | 5            | 1          |
|                                                                                  | Hamburg             | 13           | 3          |
|                                                                                  | Hessen              | 45           | 18         |
|                                                                                  | Meckl.-Vorpommern   | 13           | 3          |
|                                                                                  | Niedersachsen       | 61           | 28         |
|                                                                                  | Nordrhein-Westfalen | 133          | 49         |
|                                                                                  | Rheinland-Pfalz     | 31           | 13         |
|                                                                                  | Saarland            | 8            | 4          |
|                                                                                  | Sachsen             | 33           | 14         |
|                                                                                  | Sachsen-Anhalt      | 19           | 8          |
|                                                                                  | Schleswig-Holstein  | 22           | 8          |
|                                                                                  | Thüringen           | 18           | 6          |
|                                                                                  | <b>insgesamt</b>    | <b>620</b>   | <b>249</b> |
| 2. Mitglieder der Bundesversammlung,<br>die Mitglieder des Bundestages sind      |                     | <b>620</b>   | <b>237</b> |
|                                                                                  |                     |              |            |
| 3. Mitglieder der Bundesversammlung<br>insgesamt                                 |                     | <b>1.240</b> | <b>486</b> |

|  | SPD        | B'90/GRÜNE     | FDP        | DIE LINKE. | sonstige        | *         |
|--|------------|----------------|------------|------------|-----------------|-----------|
|  | 20         | 20             | 4          | —          | —               | 27.3.2011 |
|  | 21         | 9              | 8          | —          | 10 <sup>1</sup> | 28.9.2008 |
|  | 8          | 5              | —          | 3          | 2 <sup>5</sup>  | 18.9.2011 |
|  | 7          | 1              | 1          | 6          | —               | 27.9.2009 |
|  | 3          | 1              | —          | —          | —               | 22.5.2011 |
|  | 7          | 1 <sup>2</sup> | 1          | 1          | —               | 20.2.2011 |
|  | 11         | 6              | 8          | 2          | —               | 18.1.2009 |
|  | 5          | 1              | —          | 3          | 1 <sup>3</sup>  | 4.9.2011  |
|  | 19         | 5              | 5          | 4          | —               | 27.1.2008 |
|  | 50         | 17             | 9          | 8          | —               | 9.5.2010  |
|  | 13         | 5              | —          | —          | —               | 27.3.2011 |
|  | 2          | —              | —          | 2          | —               | 30.8.2009 |
|  | 5          | 2              | 3          | 7          | 2 <sup>3</sup>  | 30.8.2009 |
|  | 5          | 1              | —          | 5          | —               | 20.3.2011 |
|  | 6          | 3              | 3          | 1          | 1 <sup>4</sup>  | 27.9.2009 |
|  | 4          | 1              | 1          | 6          | —               | 30.8.2009 |
|  | <b>186</b> | <b>78</b>      | <b>43</b>  | <b>48</b>  | <b>16</b>       |           |
|  | <b>146</b> | <b>68</b>      | <b>93</b>  | <b>76</b>  | —               | 27.9.2009 |
|  | <b>332</b> | <b>146</b>     | <b>136</b> | <b>124</b> | <b>16</b>       |           |

\*Datum der letzten Landtagswahl/  
Bundestagswahl vor der  
15. Bundesversammlung

**1** Freie Wähler Bayern e. V. (FW)  
**2** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Landesverband Hamburg,  
Grün-Alternative-Liste (Grüne/  
GAL)  
**3** Nationaldemokratische Partei  
Deutschlands (NPD)  
**4** Südschleswigscher Wähler-  
verband (SSW)  
**5** Piratenpartei Berlin (Piraten)

## Zusammensetzung der 16. Bundesversammlung am 12. Februar 2017

|                                                                                  |                     | CDU/CSU      |            |
|----------------------------------------------------------------------------------|---------------------|--------------|------------|
| 1. Mitglieder der Bundesversammlung,<br>die von den Landtagen entsandt<br>wurden | <b>Länder</b>       | gesamt       |            |
|                                                                                  | Baden-Württemberg   | 80           | 23         |
|                                                                                  | Bayern              | 97           | 55         |
|                                                                                  | Berlin              | 26           | 5          |
|                                                                                  | Brandenburg         | 21           | 5          |
|                                                                                  | Bremen              | 5            | 1          |
|                                                                                  | Hamburg             | 13           | 2          |
|                                                                                  | Hessen              | 45           | 20         |
|                                                                                  | Meckl.-Vorpommern   | 13           | 3          |
|                                                                                  | Niedersachsen       | 63           | 25         |
|                                                                                  | Nordrhein-Westfalen | 135          | 40         |
|                                                                                  | Rheinland-Pfalz     | 31           | 11         |
|                                                                                  | Saarland            | 8            | 4          |
|                                                                                  | Sachsen             | 34           | 16         |
|                                                                                  | Sachsen-Anhalt      | 18           | 6          |
|                                                                                  | Schleswig-Holstein  | 23           | 7          |
|                                                                                  | Thüringen           | 18           | 7          |
|                                                                                  | <b>insgesamt</b>    | <b>630</b>   | <b>230</b> |
| 2. Mitglieder der Bundesversammlung,<br>die Mitglieder des Bundestages sind      |                     | <b>630</b>   | <b>309</b> |
| 3. Mitglieder der Bundesversammlung<br>insgesamt                                 |                     | <b>1.260</b> | <b>539</b> |

|  | SPD        | B'90/GRÜNE | DIE LINKE. | FDP       | AfD       | sonstige             | *         |
|--|------------|------------|------------|-----------|-----------|----------------------|-----------|
|  | 12         | 26         | –          | 8         | 11        | –                    | 13.3.2016 |
|  | 23         | 9          | –          | –         | –         | 10 <sup>1</sup>      | 15.9.2013 |
|  | 6          | 5          | 4          | 2         | 4         | –                    | 18.9.2016 |
|  | 8          | 1          | 4          | –         | 2         | 1 <sup>2</sup>       | 14.9.2014 |
|  | 2          | 1          | –          | 1         | –         | –                    | 10.5.2015 |
|  | 7          | 2          | 1          | 1         | –         | –                    | 15.2.2015 |
|  | 15         | 5          | 3          | 2         | –         | –                    | 22.9.2013 |
|  | 5          | –          | 2          | –         | 3         | –                    | 4.9.2016  |
|  | 23         | 9          | –          | 6         | –         | –                    | 20.1.2013 |
|  | 57         | 17         | –          | 12        | –         | 9 <sup>3</sup>       | 13.5.2012 |
|  | 12         | 2          | –          | 2         | 4         | –                    | 13.3.2016 |
|  | 3          | –          | 1          | –         | –         | –                    | 25.3.2012 |
|  | 5          | 2          | 7          | –         | 4         | –                    | 31.8.2014 |
|  | 2          | 1          | 3          | –         | 6         | –                    | 13.3.2016 |
|  | 8          | 3          | –          | 2         | –         | 3 <sup>3,4</sup>     | 6.5.2012  |
|  | 3          | 1          | 6          | –         | 1         | –                    | 14.9.2014 |
|  | <b>191</b> | <b>84</b>  | <b>31</b>  | <b>36</b> | <b>35</b> | <b>23</b>            |           |
|  | <b>193</b> | <b>63</b>  | <b>64</b>  | <b>–</b>  | <b>–</b>  | <b>1<sup>5</sup></b> | 22.9.2013 |
|  | <b>384</b> | <b>147</b> | <b>95</b>  | <b>36</b> | <b>35</b> | <b>24</b>            |           |

\*Datum der letzten Landtagswahl/  
Bundestagswahl vor der  
16. Bundesversammlung

**1** Freie Wähler Bayern  
**2** Brandenburger Vereinigte  
Bürgerbewegungen  
**3** Piratenpartei  
**4** Südschleswigscher  
Wählerverband (SSW)  
**5** fraktionslos

## Zusammensetzung der 17. Bundesversammlung am 13. Februar 2022

| 1. Mitglieder der Bundesversammlung,<br>die von den Landtagen entsandt<br>wurden |                     |              | CDU/CSU    |  |
|----------------------------------------------------------------------------------|---------------------|--------------|------------|--|
|                                                                                  | <b>Länder</b>       | gesamt       |            |  |
|                                                                                  | Baden-Württemberg   | 94           | 25         |  |
|                                                                                  | Bayern              | 115          | 49         |  |
|                                                                                  | Berlin              | 30           | 6          |  |
|                                                                                  | Brandenburg         | 24           | 4          |  |
|                                                                                  | Bremen              | 6            | 2          |  |
|                                                                                  | Hamburg             | 16           | 2          |  |
|                                                                                  | Hessen              | 53           | 16         |  |
|                                                                                  | Meckl.-Vorpommern   | 16           | 3          |  |
|                                                                                  | Niedersachsen       | 73           | 26         |  |
|                                                                                  | Nordrhein-Westfalen | 156          | 57         |  |
|                                                                                  | Rheinland-Pfalz     | 37           | 12         |  |
|                                                                                  | Saarland            | 9            | 5          |  |
|                                                                                  | Sachsen             | 39           | 16         |  |
|                                                                                  | Sachsen-Anhalt      | 21           | 9          |  |
|                                                                                  | Schleswig-Holstein  | 27           | 11         |  |
|                                                                                  | Thüringen           | 20           | 5          |  |
|                                                                                  | <b>insgesamt</b>    | <b>736</b>   | <b>185</b> |  |
| 2. Mitglieder der Bundesversammlung,<br>die Mitglieder des Bundestages sind      |                     |              |            |  |
|                                                                                  |                     | <b>736</b>   | <b>206</b> |  |
| 3. Mitglieder der Bundesversammlung<br>insgesamt                                 |                     |              |            |  |
|                                                                                  |                     | <b>1.472</b> | <b>445</b> |  |

|  | SPD        | B'90/GRÜNE | FDP        | AfD        | DIE LINKE. | sonstige        | *          |
|--|------------|------------|------------|------------|------------|-----------------|------------|
|  | 13         | 35         | 12         | 9          | —          | —               | 14.3.2021  |
|  | 12         | 21         | 6          | 12         | —          | 15 <sup>1</sup> | 14.10.2018 |
|  | 8          | 7          | 2          | 2          | 5          | —               | 26.9.2021  |
|  | 8          | 3          | —          | 5          | 3          | 1 <sup>2</sup>  | 1.9.2019   |
|  | 2          | 1          | —          | —          | 1          | —               | 26.5.2019  |
|  | 8          | 4          | —          | 1          | 1          | —               | 23.2.2020  |
|  | 11         | 12         | 4          | 6          | 4          | —               | 28.10.2018 |
|  | 7          | 1          | 1          | 2          | 2          | —               | 26.9.2021  |
|  | 31         | 7          | 7          | 1          | —          | 1               | 15.10.2017 |
|  | 54         | 11         | 22         | 10         | —          | 2               | 14.5.2017  |
|  | 15         | 3          | 2          | 3          | —          | 2 <sup>3</sup>  | 14.3.2021  |
|  | 3          | —          | —          | —          | 1          | —               | 26.3.2017  |
|  | 3          | 4          | —          | 11         | 5          | —               | 1.9.2019   |
|  | 2          | 1          | 2          | 4          | 3          | —               | 6.6.2021   |
|  | 7          | 4          | 3          | 1          | —          | 1 <sup>4</sup>  | 7.5.2017   |
|  | 1          | 1          | 1          | 5          | 7          | —               | 27.10.2019 |
|  | <b>185</b> | <b>115</b> | <b>62</b>  | <b>72</b>  | <b>32</b>  | <b>22</b>       |            |
|  | <b>206</b> | <b>118</b> | <b>92</b>  | <b>80</b>  | <b>39</b>  | <b>4</b>        | 26.9.2021  |
|  | <b>391</b> | <b>233</b> | <b>154</b> | <b>152</b> | <b>71</b>  | <b>26</b>       |            |

\*Datum der letzten Landtagswahl/  
Bundestagswahl vor der  
17. Bundesversammlung

**1** Freie Wähler Bayern  
**2** Brandenburger Vereinigte  
Bürgerbewegungen  
**3** Freie Wähler Rheinland-Pfalz  
**4** Südschleswigscher  
Wählerverband (SSW)

## **Internet**

### **[www.bpb.de](http://www.bpb.de)**

Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung mit Informationen über das demokratische System, die deutsche Geschichte und aktuelle politische Themen. Die Publikationen der Bundeszentrale können online heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.



## Weiterführende Informationen



### **[www.btg-bestellservice.de](http://www.btg-bestellservice.de)**

Download- und Bestellservice des Deutschen Bundestages mit umfangreichem Informationsmaterial. Dort können Sie die vorliegende Broschüre als E-Book im PDF-oder EPUB-Format herunterladen. Auch eine englische Fassung der Broschüre ist dort erhältlich.



### **[www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de)**

Internetseite des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier mit Informationen zum Amt, biografischen Angaben zum Amtsinhaber, einer Sammlung von Reden und Interviews und vielem mehr.



### **[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)**

Internetseite des Deutschen Bundestages mit Informationen über das Parlament und die Abgeordneten. Dort finden Sie auch die wichtigen rechtlichen Grundlagen der parlamentarischen Arbeit wie die Geschäftsordnung des Bundestages oder das Abgeordnetengesetz. Die Seite bietet Recherchemöglichkeiten in Plenarprotokollen und Drucksachen. Debatten des Deutschen Bundestages werden im Web-TV live übertragen.



### **[www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de)**

Internetseite des Bundeswahlleiters Dr. Georg Thiel mit detaillierten Statistiken zu den Wahlen zum Bundestag, zu den Landesparlamenten und zum Europaparlament.



## Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit,

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Koordination: Elmar Ostermann

Texte: Klaus Lantermann, Georgia Rauer, Norbert Grust

Die Texte ab S. 36 basieren auf Informationen auf [www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de)

Redaktion: Georgia Rauer, Norbert Grust

Gestaltung: Regelinis Westphal Grafik-Design / Berno Buff, Norbert Lauterbach;

bearbeitet von wbv Media/Christiane Zay

Bundestagsadler: Urheber Prof. Ludwig Gies, Bearbeitung 2008 büro uebele

Fotos: 1. Umschlagseite Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger; 2 und 3. Umschlagseite,

S. 23, S. 27, S. 33, S. 34, S. 60 DBT / photothek; S. 11 Bundesarchiv, Bild 116-488-10 / Erna

Wagner-Hehmke; S. 13 Bundesarchiv, B 145 Bild-P099033, Fotograf Hubmann; S. 15 ull-

stein bild / HDG Bonn / Erna Wagner-Hehmke / Hehmke-Winterer; S. 21, S. 44, S. 48 Presse-

und Informationsamt der Bundesregierung / Engelbert Reineke; S. 31, S. 42 Presse- und Infor-

mationsamt der Bundesregierung / Lothar Schaack; S. 36, S. 40 Presse- und Informationsamt

der Bundesregierung / Georg Bauer; S. 37 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung /

Brodde; S. 38 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung / Rolf Unterberg; S. 39 Bun-

desarchiv, B 145 Bild-F026341-0016 / Jens Gathmann; S. 41 Presse- und Informationsamt der

Bundesregierung / Gert Schütz; S. 43 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung /

Ulrich Wienke; S. 45 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung / Klaus Lehnartz;

S. 46 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung / Josef Darchinger; S. 47 Presse- und

Informationsamt der Bundesregierung / Ludwig Wegmann; S. 49, S. 52 Presse- und Informa-

tionsamt der Bundesregierung / Bernd Kühler; S. 50 Presse- und Informationsamt der Bundes-

regierung / Julia Faßbender; S. 51 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung / Jürgen

Gebhardt; S. 53, S. 55, S. 57, S. 58, S. 59 Presse- und Informationsamt der Bundesregie-

rung / Steffen Kugler; S. 54, S. 56 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung / Jesco

Denzel

Stand: September 2023

© Deutscher Bundestag, Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder für Wahlwerbezwecke eingesetzt noch von Parteien oder Fraktionen für die eigene Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden.



Die Bundesversammlung ist die größte parlamentarische Versammlung der Bundesrepublik Deutschland. Sie kommt in der Regel alle fünf Jahre zusammen und hat nur eine einzige Aufgabe: die Wahl der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten, des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik. Die Broschüre informiert unter anderem über die Bundespräsidenten seit 1949 und zeigt, wie sich die Bundesversammlung zusammensetzt und wie das Staatsoberhaupt gewählt wird.